

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, März/April 2025

75. Jahrgang, Nr. 869/870

VOS im Internet: Nicht aufgeben, falls es nicht gleich funktioniert!

Hinweise: Unsere Web-Site lädt Interessierte und Neugierige ein. Sie ergänzt die Freiheitsglocke.

Die VOS stellt sich auf. Symbolisch wird das durch die Web-Site des Verbandes deutlich. Mit der Neubesetzung des Bundesvorstandes soll nun die Aktualität des Internetauftrittes

verbessert werden. Man weiß: Wer sich nicht zeigt, kann nicht gesehen werden, und wer nicht spricht wird nicht gehört. Auf die VOS gemünzt, lässt sich das erweitern: Wen man nicht kennt, der bekommt keinen Zuwachs. Im Ergebnis einer sachbezogenen Kurzkontroverse haben einige besonders

engagierte VOS-Akteure beschlossen, die Internetseite des Verbandes attraktiver und bunter zu machen. Es wird demnächst einen (unregelmäßig bestückten) Blog geben, wer mag, kann Kommentare einreichen, Veranstaltungen sollen angekündigt werden, und interessante Statements von interessanten Leuten sollen einen Platz finden. Dies alles mit dem Hinweis: kein Rassismus, kein Extremismus, kein (auch nicht bescheidenes, verstecktes) Loblied des Kommunismus.

Damit schafft der Verband eine Ergänzung zur Freiheitsglocke, die natürlich weiter erscheinen wird und nach wie vor das Flaggschiff und das geschichtsdauernde Tage-

buch des Verbandes und eines ein dreiviertel Jahrhundert währenden Zeitgeschehens bleibt. Eben diese (unsere) Freiheitsglocke wird bis auf weiteres komplett im Internet

VOS eV eingeben und warten bis der Link *Startseite* angezeigt wird. Danach öffnet sich eben diese Startseite. In der linken Spalte sind die Felder mit den Oberbegriffen

angegeben, mit denen wir arbeiten. Hier kann man nichts falsch machen. Bestenfalls gerät man auf ein Thema, über das man nicht unbedingt lesen will. Das ist kein Problem, man berührt mit dem Mauspfel ein anderes Feld oder benutzt die

The screenshot shows the VOS website interface. On the left is a vertical navigation menu with links: Startseite, Ansprechpartner, Aktuelles, Pressemitteilungen, Zeitung, Zeitung Archiv, Literatur, Zeitzeugen, Mitgliedschaft, and Kontakt. Below the menu is a call to action: 'Hier gelangen Sie zu den einzelnen VOS-Themen' with an upward-pointing arrow. The main content area features a PDF document titled '2025-02-03-Freiheitsglocke 867-868.pdf' (2.0 MB) and a photograph of a group of people holding a banner that reads 'FREIHEIT STATT SOZIALISMUS VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS E.V.'. To the right of the main content is a box titled 'Direkt zur neuen:' containing a button labeled 'Freiheitsglocke' and a large upward-pointing arrow. Below the arrow is a text box explaining that clicking the arrow will lead to the 'Freiheitsglocke' section.

"Zum Öffnen der Web-Seite geben Sie einfach VOS ev ein. Daraufhin wird Ihnen der Link 'VOS ev' angezeigt. Drücken Sie diesen mit der Maustaste. Sie gelangen dann auf die Startseite der VOS."

nachlesbar sein. Für den Verband, für uns alle hat die öffentliche Präsentation gegenüber der Anwesenheit von Trittbrettfahrern Vorrang. Die Freiheitsglocke ist das Bindeglied für unsere bundesweit verteilte Mitgliedschaft, sie ist der Nachweis, dass wir existieren und nicht vergessen sind, aber auch dafür dass wir einander nicht vergessen – als Lebende und mit dem Gedenken an die Verstorbenen.

Hier einige Hinweise zum Umgang mit der Web-Seite, damit auch die Neunzigjährigen (plus x) einen Blick auf unsere Präsentation werfen können. „Bitte einfach einen Browser öffnen, den Namen des Verbandes oder die Buchstaben

Taste mit dem rückwärts gerichteten Pfeil. Auf der rechten Seite befindet sich oben das Feld mit der Aufschrift „Freiheitsglocke“. Einfach anklicken, dann erscheint die nächste Aufforderung, diese heißt Öffnen. Eigentlich dürfte dann nichts mehr schiefgehen.“ Zur Veranschaulichung bitte mal das Foto mit den Anleitungen in der Mitte dieser Titelseite anschauen, dort sind die Eingabe-Hinweise für das Internet nochmals aufgeführt. Bitte nicht aufgeben, wenn es auch nach mehreren Versuchen nicht funktionieren sollte. Und: keine Angst vor dem Internet. Das haben schon ganz Andere bezwungen.

Alexander Richter-Kariger

Das Jahr ist vorangeschritten, wir sind nun ein Stück weiter. Wir, womit ich die Entwicklung innerhalb unseres Verbandes meine, haben den Entwurf einer geänderten, notwendigerweise deutlich vereinfachten Satzung vorliegen, es haben sich die ersten Bereitwilligen gemeldet, um für den Vorstand zu kandidieren. Auf weitere Meldungen wird gewartet. Es liegt also an uns allen, den Prozess der Erneuerung zu gestalten, damit die VOS noch möglichst lange bestehen kann.

Erschwerend auf die Neuorganisation wirkt sich die Struktur des Verbandes aus. Unsere Mitglieder sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt, davon ist auch der Bundesvorstand – egal in welcher Phase und Zusammensetzung – betroffen. Die Kandidaten wohnen in weit auseinander liegenden Bundesländern. Es wird bestenfalls einmal im Jahr Vorstandssitzungen oder ähnliche Zusammenkünfte geben können. Die Kommunikation muss vorwiegend digital erfolgen, das erschwert manches, es ist zudem nicht jedermanns Sache.

Wie auf der Titelseite der Ausgabe gemeldet, soll ab sofort die Web-Site der VOS stärker zu Informationszwecken genutzt werden. Da der Verband viele ältere Mitglieder hat, die sich mit dem Internet nicht auskennen, ist das Herangehen auf Seite eins ausführlich erklärt. Wo es trotzdem problematisch sein sollte bzw. wer über keinen PC und keinen Internetzugang verfügt, kann sich vielleicht an einen Kameraden, der damit ausgestattet ist, wenden, um sich helfen zu lassen.

Hervorheben möchte ich diesbezüglich unseren verdienten Kameraden Wolfgang Lehmann, der – 96jährig – geradezu professionell digital kommuniziert und somit stets auf dem Laufenden ist.

Abgesehen davon werden wir einen Modus finden, um auch telefonisch häufiger ansprechbar zu sein. Ein weiterer Schritt ist die Abstimmung zur Satzung und deren Vorlage beim Amtsgericht. Gleichzeitig steht die Wahl des Bundesvorstandes an. Für dieses Verfahren sind die Informationen bereits in der vorigen Freiheitsglocke veröffentlicht worden. Sobald

die Abstimmung abgeschlossen ist und sich ein Bundesvorstand gebildet hat, wird das Ergebnis hier veröffentlicht. Ganz sicher werden wir uns dann mit Schwung den weiteren Aufgaben zuwenden. Wir konnten mit der beschlossenen Erhöhung der Opferrente – nunmehr Ehrenpension – einen erfreulichen Erfolg verbuchen, dennoch gibt es weitere Ziele, auf die wir hinarbeiten müssen.

Auf ein Wort zur **aktuellen Lage**

So ist etwa das Thema Zwangsarbeit noch immer nicht geklärt, wir warten außerdem weiter auf eine Antwort zur laufenden Petition zum Rentenüberleitungsgesetz (Petitionsausschuss des Bundestags), und nicht zuletzt sind wir im Angesicht der unsicheren globalen politischen Lage und der schwer einzuschätzenden militärischen Bedrohungen als Zeitzeugen gefragt denn je, wobei es darum geht, die Inhalte und Ziele neu auszurichten. Es wird nicht mehr ausreichen, über erlebte Schicksale zu berichten. Unsere Demokratie hat sichtlich ein Imageproblem, das es zu beheben gilt. Gefragt sind politische Aufklärung und Demokratieerziehung. Damit verbinden sich Lernprozesse und veränderte Schwerpunkte. Während bisher der Geschichtsstoff zum NS-Regime ausgiebig behandelt wird, wird die SED-Diktatur oft nicht in den Unterricht einbezogen. Es ist der alte Sowjet, der uns zu DDR-Zeiten und während der SBZ-Ära in die Zuchthäuser und Lager gebracht hat, der mit der Kriegsdrohung vor unserer Haustür steht. Wir als ehemalige politische Häftlinge sind diejenigen, die wie keine andere Klientel über unverhohlen angedrohte Schrecken und deren Inhalte berichten kann. Was ich hier schreibe, sollte daher nicht als rein persönliche Meinung verstanden werden. Es ist vielmehr ein Appell an alle, die thematisch und verwaltungsmäßig, aber auch als pädagogisch und politisch Beauftragte in Verantwortung stehen. Die aktuelle Lage erfordert neue Einsichten und flexible Modelle.

Es ist kein Platz für kleinkarierte Rechthaberei. Zugleich geht es um die Erhaltung und den Ausbau der Gedenkstätten. Ich möchte auf die Aktivitäten von Michael Teupel hinweisen, der sich in Helmstedt um das Gedenken an den von DDR-Grenzern erschossenen Fred Woidke bemüht und auch um mehr Anerkennung der Verdienste von Michael Gartenschläger kämpft. Noch gibt es uns als Zeitzeugen, die inhaftiert und verfolgt waren und über das berichten, was sich in den Haftanstalten und Verhörräumen der Diktatur ereignet hat. Die Gefahr, dass wir das wieder erleben, ist nah und real. Die Kriegsdrohungen werden deutlicher, Unsicherheit und Angst nehmen zu. Deutschland befindet sich auch nach der Wahl vom 23. Februar in der üblichen Starre. Es wird nicht auf einheitliches Handeln orientiert, weil es den Parteien um politische Macht geht, weil – auch wie üblich – um Themen gestritten wird, die man besser zurückstellen sollte. Auch wir sind gefragt. Mit den Diktatur-Erfahrungen müssen gerade wir uns für die Demokratie einsetzen. Russland hat ganz Europa einen Krieg angedroht.

Wir als Opfer und Betroffene, die den Sowjet erlebt haben, waren inhaftiert. Wir wollen, dass alle in Freiheit und Demokratie leben könne. Wir wollen keine neuerliche russische Gewaltherrschaft in Europa, in Deutschland darf es nicht wieder zu einer Diktatur Stalin'scher Prägung kommen.

In den Verhandlungen zur Finanzierung einer neuen, bisher ungekannten europäischen Aufrüstung werden schwindelnd hohe Beträge geplant. Es geht um modernste Techniken und um einheitliches militärisches Vorgehens. Was zu kurz oder gar nicht vorkommt, ist die Aufklärung der jungen Generation unter Einbeziehung der lebenden Zeitzeugen, die den Widerstand gegen das stalinistische Regime geleistet haben. Es bedürfte eines wahrlich geringen Teils der geplanten Rüstungssumme, um die Zeitzeugenarbeit umfassender und unabhängiger zu finanzieren. Es würde unsere Demokratie sehr zugute kommen.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr/euer Alexander Richter-Kariger*

AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

Die VOS hat noch viele Aufgaben + + + das nächste Jubiläum: 75 Jahre Freiheitsglocke

Titelseite

Aktualisierung der VOS-Internetseite soll nun Alltag und übersichtlich werden

Über die Modernisierung der Internetpräsentation des

Redaktionsthema:

Auf weitere Meldungen wird gewartet

Die Bereitschaft zur Mitarbeit im Bundesvorstand muss zunehmen

2

Die VOS noch lange erhalten, die Aufarbeitung fortsetzen, Gerechtigkeit für die Opfer herstellen

Hochkarätige Kameraden wollen die VOS im Bundesvorstand stärken

4 - 5

Man muss nicht in Jubel ausbrechen

In Sachen Meinungsfreiheit: Leserbrief zur Erhöhung der Opferrente/Ehrenpension

6

800 Euro Opferrente sie wird kommen. Wir müssen nur Jahrzehnte warten

Eine (eher scherzhafte) Rechenaufgabe

6

Trotz Krankheit noch 1947 als Zwangsarbeiter nach Sibirien verfrachtet

Wenn einen die schlimmen Erinnerungen an den GULag nicht loslassen

6

Die Korrektheit des Bänklers in das Amt des Bundespräsident eingebracht

Zwei Nachrufe auf den kürzlich verstorbenen Horst Köhler

7 - 8

Schwerpunkt auf Zeitzeugen-Arbeit an Schulen und Gedenkstätten legen

Forum Aufarbeitung Land Brandenburg mit Sitz in Potsdam stellt sich vor

9

Eine Festschrift, eine Jubiläumsfeier, eine Zeitung von hoher Qualität

Vor 25 Jahren gab es den ersten zusammenfassenden Rückblick auf die Arbeit der VOS

10

Damit die VOS auch unter schwierigen Bedingungen weiter existieren und sich ihren Aufgaben widmen kann

Der amtierende Bundesvorsitzende stellte die neue, vereinfachte Satzung des Verbandes vor

Seiten 11 bis 14 zum Heraustrennen

Neubrandenburg: Festgefahren oder Lösungen möglich?

Eine Betrachtungsweise, die ebenfalls nicht unterschlagen werden darf

15

Wenn Kultur und Geschichte im Zeitzeugen-Vortrag verschmelze.

Große Veranstaltung in Würzburg wird erneut zur Erfolgsstory

16

Europa muss endlich erwachsen werden

Die Gefahren, die unerwartet auf unseren Kontinent zukommen, haben es in sich

17

Das Gedenken wird eher intensiver, als dass es verblassen würde

Freundeskreis für Michael Gartenschläger lädt zur Stätte am Grenzpfahl 231 ein

17

Die Beat-Musik und Widerstand in den 1960er Jahren

1965 im Mai veröffentlichten die Rolling Stones „I can't get no satisfaction“

18 - 19

Der Freiheitsglocke und dem Verband immer wieder Leben eingehaucht

André Rohloff zur Arbeit des Redakteurs

20

Posthume Ehrung und Gedenken

Das tragische Schicksal von Fred Voitke

20

Gewählt ist gewählt – der Wähler entscheidet. Wirklich?

Rückblick auf den Februar 2020: Wer war / wo ist Thomas Kemmerich?

21

„Das war sehr beeindruckend“

Eine Zeitzeugen-Veranstaltung in Mettmann

22

Wir halten an den politischen und sozialen Idealen der Demokratie fest

Ein Wort zur VOS und ihren Idealen

23

Einer Beitragserhöhung wäre sinnvoll und für alle Mitglieder möglich

Hätte man sie nicht schon eher beschließen können?

23

Nicht wenige kamen um, andere überlebten

Grit Poppe liest in Potsdam aus ihrem neuen Buch über jugendliche Opfer

24

Leserbriefe, Wünsche, Erwidernungen 9, 15, 23

„Runder“ Jahrestag, Story, Anfragen 6, 7, 9

Trauerfälle 22, 23

Termine, Impressum 6, 16, 24

Hinweis: Die ansonsten aufgeführten Spender werden in der nächsten oder übernächsten Ausgabe genannt. Gespendet werden kann dankenswerter Weise weiterhin.

Hinweis: Der Redakteur wird sich bemühen, für eine der nächsten Fg-Ausgaben ein weiteres Interview mit Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur zu führen.

Hinweis: Bitte auf der Rückseite die vorläufig neue Adresse der Bundesgeschäftsstelle und Telefonnummer beachten.

Umfrage: Wie denken Sie, wie denkt ihr über den Vorschlag mehrerer Kameraden nach, die erste oder eine spätere Summe in Höhe der Aufstockung der Ehrenpension an den Verband zu spenden? Um es genauer zu sagen: Denken ist das eine, das andere ist Handeln. Der Verband kann es brauchen.

Aufgeblättert:

So wie die Schaufenster einer Großstadt den Reichtum oder die Armut eines ganzen Landes widerspiegeln können, so kann auch die Zeitschrift einer Vereinigung oder Organisation deren geistigen, moralischen und gesellschaftspolitischen Anspruch ausdrücken.

*Alexander Richter-Kariger
in Festschrift zum 50jährigen
Bestehen der VOS im Jahr 2000*

Mit Erfahrung, Schwung und Visionen für die Zukunft der VOS

Freiheitsglocke präsentiert die Kandidaten für die Wahlen zum Bundesvorstand des Verbandes

Michael Teupel ist den Mitgliedern der VOS kein Unbekannter. Über seine zahlreichen Aktivitäten wurde in unserem Verbandsorgan häufig berichtet. Geboren ist er 1962, somit ist er einer, der für den Verband noch lange tätig sein kann. Sein Wohnort ist Hergisdorf in Sachsen-Anhalt.

Michael Teupel wurde im Sommer 1980 – er war zu jener Zeit Berufsschüler – an der ungarisch-jugoslawischen Grenze bei einem Fluchtversuch verhaftet. Nach seiner Rückführung in die DDR und der Inhaftierung durch das MfS (Roter Ochse Halle/S.) wurde er im Dezember desselben Jahres zu zwei Jahren Haft verurteilt. Von der Untersuchungshaft gelangte er als 18jähriger in das Zuchthaus Brandenburg, von wo er am 20. Januar 1982 durch die Bundesregierung freigekauft wurde und in den freien Teil Deutschlands ausreiste. Gleich nach seiner Ankunft im Januar 1982 trat er für zunächst einige Jahre der VOS bei. Er ließ wegen seiner beruflichen Tätigkeit im Ausland die Mitgliedschaft einige Jahre ruhen.

Nun ist er seit über einem Jahrzehnt wieder fester Bestandteil unseres Verbandes. Er betreut in Sachsen-Anhalt die Kameraden, er führt regelmäßig Zeitzeugengespräche im *Roten Ochsen*, und er hält auch außerhalb von Sachsen-Anhalt Vorträge zum Thema „Verraten und verkauft“, wobei er auf großes Interesse und viele Gäste stößt. Zu seinen schriftlichen Aktivitäten gehört auch eine im Stacheldraht veröffentlichte Dokumentation. Die Gedenkstätte in Brandenburg Görden (Zuchthaus) produzierte eine mehrstündige Videoproduktion, in die Wissenschaftler und Historiker häufig Einsicht nehmen. Eine weitere ca. zweistündige Dokumentation wurde voriges Jahr in Goslar begonnen. Diese wird momentan noch für Schulklassen umgesetzt. Auch für die Aufdeckung der Haftzwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn lieferte er wichtige Informationen. Der Hinweis wurde von der UOKG dankbar entgegengenommen. So war es naheliegend,

dass ein Videoporträt über die schwere Zwangsarbeit in der Haft im Bundesbahn-Museum Nürnberg zu sehen ist.

Ebenso trat er 2020 als Zeitzeuge des internationalen Tribunals zur Haftzwangsarbeit auf, das von der UOKG in Cottbus organisiert wurde. Der MDR kam mehrfach darauf zurück. In einem Beitrag über die Haftzwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn konnte er hier ausführlich von seinen Erfahrungen berichten. Ebenso nahm er an allen gesundheitlichen Studien über Haftfolgeschäden teil.



Kamerad Michael Teupel

Eine gute Option für den Bundesvorstand der VOS

Häufig ist er zudem Gast beim Halle-Forum, wo er als authentischer Zeitzeuge immer wieder professionell für Interviews zur Verfügung steht. All diese Aktivitäten gelangen ihm trotz eines schweren Verkehrsunfalls im Jahr 2023 in Berlin. Er hatte in den Folgetagen drei Vorträge in Halle. Von der Landesbeauftragten Birgit Neumann-Becker wurde er für einen Vortrag in Magdeburg bestellt und berichtete über die Praxis der Begutachtung und den schwierigen Weg, den Antragsteller bei den Versorgungsämtern zur Anerkennung von Haftfolgeschäden gehen

müssen. So fand er auch Erwähnung in dem Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten. Im Zeitraum 2023 bis 2024 organisierte er eigenständig als Kurator die hier schon erwähnte Ausstellung „An der Grenze erschossen“, über die in der Freiheitsglocke ausführlich berichtet wurde und die in der genannten Zeit zwei Bundesländer mit sehr viel Erfolg durchlief. Die Ausstellung konnte erst durch Fördergelder ins Leben gerufen werden. Ihre Resonanz war groß.

Zum Bundeskongress 2024 in Erkner bei Berlin vertrat er mit einer Rede, die viel Anerkennung fand, die VOS Sachsen-Anhalt.

Auch mit dem Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis ist er eng verbunden und dort ein häufig nachgefragter kompetenter Zeitzeuge. Immerhin zeigt der Gedenkort ein Exponat von Michael Teupel aus dem Jahr 1982.

Auch das ehemalige Notaufnahmeflager Gießen, mittlerweile Gedenkort, zeigt ab Juni 2025 verschiedene Artefakte von ihm. Ab 8. April 2025 ist ein Porträt von ihm und anderen Kameraden im Paul-Löbe-Haus Berlin zu sehen. Die Ausstellung des Fotografen André Wagemzik läuft unter dem Namen *Staatssicherheitsinhaftierung* und zeigt Porträts von mehreren Betroffenen.

Aktuell arbeitet Kamerad Teupel an weiteren historisch bedeutsamen Projekten. Die Freiheitsglocke wird darüber berichten. Als mögliches Vorstandsmitglied möchte Michael Teupel seine Erfahrungen aus der Haft und der späteren Zeit in der Bundesrepublik einbringen. Er hat zu allen Kameradinnen und Kameraden ein gutes Verhältnis, ist für Diskussionen offen und möchte den Verband VOS so lange wie möglich am Leben halten. Für ihn verbindet sich das Thema Aufarbeitung mit einem hohen persönlichen Engagement, er möchte, dass sein Schicksal wie das der vielen anderen nicht in Vergessenheit gerät und jetzt und später ein Faktor in der stabilen Demokratie unseres Landes bleibt.

Freiheitsglocke / M. Teupel

Einer, nicht nur für den Übergang

Felix Holtschke kommissarischer VOS- Vorsitzender

Kamerad Holtschke, der sich – wie Michael Teupel (Seite 4) – ebenfalls um einen Platz im kommenden Bundesvorstand bewirbt, ist den Mitgliedern des Verbandes gewiss kein Unbekannter. Nach seiner Kandidatur für einen Vorstandsposten wurde er von den Delegierten der letzten VOS- Generalversammlung zum Stellvertreter des Bundesvorsitzenden gewählt und bekam gleichfalls das Votum für die Repräsentation der VOS im Dachverband UOKG. Dort ist er inzwischen Mitglied im Vorstand und arbeitet gemeinsam mit dem Vorsitzenden an der Verbesserung der sozialen Situation der politischen Häftlinge des SED-Regimes. Zu den Erfolgen der gemeinsamen Arbeit gehört die Durchsetzung der höheren Opferrente, inzwischen Ehrenpension, woran auch die Beauftragte für die SED-Opfer Evelyn Zupke einen großen Anteil hatte. Felix Heinz Holtschke ist 75 Jahre alt, er lebt in der NRW-Landeshauptstadt Düsseldorf und hält dort Kontakt zu Heiko Hendriks, der regional u. a. für die Belange der SED-Opfer in NRW zuständig ist. Seit mehreren Jahren vertritt er als Landesvorsitzender der VOS die Interessen der Kameraden, wobei er auch zu den wichtigen Gedenktagen in die Städte und Kommunen reist, wo er mit Wortbeiträgen und Kranzniederlegungen an die Opfer der Diktatur erinnert. So ist er häufig in Düren anzutreffen, um den dortigen VOS-Aktivisten Peter Hippe bei der Vorbereitung und Durchführung der Gedenkveranstaltungen zum ehemaligen Tag der Deutschen Einheit oder anlässlich des Mauerfalls zu unterstützen.

Ebenso tritt Felix Heinz Holtschke in NRW, aber auch außerhalb, als Zeitzeuge an den weiterführenden Schulen auf. Hier kann er den jungen Menschen seine Erfahrungen aus den Zwängen der Diktatur übermitteln.

Felix Heinz Holtschke war in der DDR mehr als ein Jahr aus politischen Gründen inhaftiert. Er war 1968, als der Warschauer Pakt am 21. August 1968 die Tschechoslowakei überfallen hatte, mit drei Klassenkameraden an diesem Tage mit dem Fahrrad in Prag und dokumentierte die Niederschlagung des Prager Frühlings mit seinem Fotoapparat. Die damaligen Beobachtungen, die er bei seinen Zeitzeugen-Auftritten an die jungen Menschen weitergibt, sind höchst authentisch und von unschätzbarem Wert. Kamerad Holtschke ist sportlich, weltoffen und diskussionsfreudig. Sein Ziel ist es, die VOS so lange wie möglich am Leben zu halten und die Rolle der SED-Opfer zu stärken. *V. Bosse*



Die versuchte Flucht, die Todesfalle

Lern- und Gedenkort Kaßberg und die Volkshochschule mit einer Ausstellung und spannenden Zeitzeugen-Veranstaltungen

☒ In einer Veranstaltungsreihe im früheren Hafttrakt B setzen der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis, die Volkshochschule Chemnitz und das Institut für Politikwissenschaft der TU Chemnitz – unterstützt von der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – im März und April den Schwerpunkt auf das Thema Flucht und Schicksale, die sich damit verbinden.

Im Zentrum steht die Sonderausstellung „An der Grenze erschossen – Erinnerung an die Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Sachsen-Anhalt“, die vom 19. März bis zum 13. April 2025 während der Öffnungszeiten im Lernort im früheren Hafttrakt B zu sehen ist.

Zur Eröffnung gibt es am Dienstag, 18. März, 19 Uhr das Zeitzeugengespräch „Fluchtgeschichten“ mit Veronika Brandt und Michael Teupel von der VOS. Es moderiert Dr. Teresa Tammer, stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte. Am Donnerstag, 10. April, 19 Uhr gibt es den Vortrag „Flucht aus der DDR über die Ostsee, 1961 bis 1989“.

Info: Presstext des Lern- und Gedenkorts

Bitte über Hilfs- und Unterstützungsangebote informieren

Es ist bei den Betroffenen noch nicht alles klar, was inzwischen beschlossen wurde

In der Pressemitteilung der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag vom 21. Januar 2025 wird berichtet, dass bei bestimmten definierten Krankheitsbildern der Zugang zu besonderen Leistungen ermöglicht wird. Konkret beziehen sich diese Leistungen auf die medizinische Versorgung sowie auf psychosoziale Unterstützungsangebote für Opfer der SED-Diktatur. Hierzu zählen unter anderem Rehabilitationsmaßnahmen, Therapien zur Bewältigung von psychischen Belastungen sowie finanzielle Hilfen für notwendige Behandlungen. Darüber hinaus können Betroffene auch Anspruch auf Hilfsangebote in Anspruch nehmen, die eine Verbesserung ihrer Lebensqualität zum Ziel haben. Dies umfasst auch die Bereitstellung von Maßnahmen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, wie zum Beispiel berufliche Rehabilitationsmaßnahmen oder die Unterstützung bei der Wohnungssuche. Die genauen Details der in Anspruch zu nehmenden Leistungen sind in den Richtlinien festgelegt und können individuell variieren, und dies abhängig vom jeweiligen Krankheitsbild und den spezifischen Bedürfnissen der Betroffenen.

Da ich bei der Inanspruchnahme von Leistungen etwas unsicher bin, möchte ich fragen, wo diese Richtlinien einsehbar sind bzw. welche Möglichkeiten von Hilfsangeboten den Betroffenen zur Verfügung stehen

Peter Lohmann

Halbe Kasse erreicht

Wunschvorstellung von 800 Euro bleibt eine solche

☒ Ich habe heute die Freiheitsglocke erhalten. Danke für Dein (gemeint ist der Redakteur) anhalten-des großes Engagement für uns alle. Dass am 30. Januar der Bundestag doch noch ein umfanglicheres Gesetzespaket für die SED-Opfer beschlossen hat, ist erfreulich. Und es ist, das ist auch richtig, vor allem auch ein Verdienst von Frau Zupke. Trotzdem muss man aber nicht in Jubel ausbrechen.

Wir wissen doch wie schwer solche Zugeständnisse den Bundestagsabgeordneten abgerungen werden müssen. Und dann, betrachten wir mal den Kern der Sache, die „Opferrente“, die für alle Opfer zutreffend ist. Erinnerst du dich noch an die Wunschvorstellung von vielen? 800 Euro. Dass sich die Abgeordneten angesichts der vielen Milliarden Euro, die sie ins Ausland verschenken, oder angesichts ihrer dicken Diäten nicht schämen, uns nur erbärmliche 70 Euro Rentenerhöhung zuzugestehen, das ist schon zynisch. Zumal bei der Abstimmung formuliert wurde, dass man die Reha-Vorschriften so anpassen wolle, „dass sich ihre Lage (gemeint ist die soziale Lage der SED-Opfer – d. Red.) deutlich verbessere“. Dass sie sich nun etwas verbessert hat, das stimmt, aber nicht deutlich durch nur 70 Euro.

Die anderen Beschlüsse sind richtig. Nur betreffen sie nach meiner Meinung nur einen geringen Teil der Opfer.

Noch deutlicher würde meine Kritik werden, wenn ich z. B. die Mitgliederzahlen unseres Landesverbandes gegenrechnete. 1990 hatten wir in Sachsen ca. 3.000 VOS-Mitglieder, heute haben wir hochgerechnet nur noch 300. Neun Zehntel unserer Mitglieder sind verstorben. Sie sind tot, sie kommen nicht mehr in den Genuss dieser Verbesserungen.

Abschließend rufe ich Dir (gemeint ist wiederum der Redakteur) zu, lasse die Freiheitsglocke weiter klingen! Bleib gesund!

Dr. Bernd Müller-Kaller

Ann. d. Red.: Die Glocke wird nicht ohne weiteres verstummen.

Mathe-Asse aufgepasst

Wann würden die politischen Häftlinge eine Ehrenpension von 800 Euro erreichen?

Im nebenstehenden Leserbrief (linke Spalte) beklagt unser sehr geschätzter VOS-Kamerad Bernd Müller-Kaller, dass uns die Politiker nicht die erhoffte Ehrenpension von 800 Euro zugestanden haben. Diese Summe wurde vor drei Jahren in der Fg schwerpunktmäßig thematisiert, um – im Angesicht der mageren Offerte im Koalitionsvertrag – noch einmal Bewegung in die Diskussion zur Verbesserung der Leistungen für uns ehemalige Häftlinge zu bringen. Nun, es ist nicht ausgeschlossen, dass wir die Summe doch bekommen. Wir müssen nur warten.

Wann der Zeitpunkt eintritt, ist freilich nicht ohne weiteres bestimmbar. Hier bedarf es des Mathe-Unterrichtsstoffes der neunten Klasse, wir wenden die Rechenart Folgen und Reihen an und nehmen den Juli 2025 und die 400 Euro als Ausgangspunkt. Gehen wir nun von einer geschätzten jährlichen Steigerung von 3 % aus, so wächst die Summe beständig an. Wir haben das Ziel bzw. das Ergebnis von 800 und müssen nun ermitteln, wie viele Jahre oder Jahrzehnte, vermutlich Jahrhunderte, es dauert, ehe wir die 800 Euro bekommen.

Bundesvorstand, Redakteur und alle Betroffenen hoffen, dass die Aufgabe lösbar ist.



Ein ‚Jubiläum‘, auch des Gedenkens wert

Gefangene allen Alters in enge Unterkünfte gepfercht

Schon im April 1945, noch vor Ende der Kampfhandlungen, vor nunmehr fast 80 Jahren, richteten die Sowjets in Ketschendorf, heute zu Fürstenwalde gehörend, das erste von danach neun weiteren Lagern auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach dem berüchtigten GULag-System ein, mit dem sie 70 Jahre lang ihre eigene Bevölkerung in Angst und Schrecken hielten. Dazu wurde die Wohnsiedlung eines Industrierwerkes umgestaltet. Diese war 1940 bezogen worden und war für etwa 500 Bewohner ausgelegt.

Im Höhepunkt der Belegung, im Sommer 1946, befanden sich etwa 12.000 Gefangene darin; es waren Männer, Frauen und Kinder. Die Jüngsten waren 12 Jahre, die Ältesten 72. Kein Lagerinsasse war verurteilt. Im Jugendhaus für acht Familien waren etwa 1.500 Jungen zusammengepfertcht. Aufgrund der völlig unzureichenden Ernährung und der katastrophalen hygienischen Verhältnisse starben fast 5.000 Häftlinge bis zur Auflösung des Lagers im April 1947.

Die Zahl der an den Spätfolgen Verstorbenen lässt sich nur erahnen. Die Lagertoten wurden in großen Massengräbern würdelos nackt verscharrt.

Nach Untersuchung durch sowjetische Militärärzte im Dezember 1946 wurden trotzdem noch 315 Häftlinge als arbeitsfähig eingestuft. Diese wurden im Januar 1947 als Zwangsarbeiter nach Sibirien verfrachtet, von wo sie im Mai 1950 oder sogar erst 1952 nach Deutschland zurückkehren durften.

Nach dem Mauerfall schlossen sich schon 1990, noch in der ‚DDR-Zeit‘, Überlebende zu einer Gemeinschaft zusammen, um das Wissen und die Erinnerung um diese Ereignisse und als Mahnung gegen jede Gewalt zu bewahren.

Heute erinnert eine einfache Gedenkstätte an der Stelle der Massengräber an diese Menschenrechtsverbrechen, die niemals gesühnt wurden, da vom Sieger begangen. *Wolfgang Lehmann (Foto) aktiver Zeitzeuge an Schulen*

Eine Kiste, eine Verfolgung und der Beginn einer respektvollen Freundschaft

Felix Heinz Holtschke erinnert an den kürzlich verstorbenen Bundespräsidenten Horst Köhler

Horst Köhler, unser Bundespräsident von 2004 bis 2010, war ein Staatsoberhaupt zum *Anfassen*“ und ein Mann von und für uns. Denn auch er floh zusammen mit seinen Eltern, zuerst 1944 vor der Roten Armee aus Ostpolen in das Umfeld von Leipzig, später, im letzten Moment vor den Wirren des Volksaufstandes vom Juni 1953 in der noch jungen DDR, in den freien Westen, wo er und seine Eltern zunächst vier Jahre in verschiedenen Flüchtlingslagern verbrachten, ehe sich die Köhlers im süddeutschen Ludwigsburg niederließen.

Meine erste persönliche Begegnung mit den Köhlers fand im Frühjahr 1994 in unserer Wohnung in Köln-Stammheim anlässlich eines kleinen Grillfestes statt. Wir spielten damals unter anderem gemeinsam Federball. Er gewann, was mich verdross und zugleich meine Bewunderung für seine Lockerheit und Fitness auslöste! Horst Köhler war zu jener Zeit Präsident des Sparkassen- und Giro- Verbandes.

Natürlich traf man sich nicht einfach so, sondern dieses erste Treffen war einer spannenden Vorgeschichte geschuldet. Sie begann Anfang 1981. Mein einstiger Schulfreund Reinhard Roy von der gemeinsamen Nieskyer Oberschulzeit, seinerzeit schon freiberuflicher Künstler und Designer, lernte Horst Köhler in der damaligen Nante-Stube im Ost-Berliner Palast-Hotel, vis á vis vom Palast der Republik, heute Stadtschloss, kennen, wo er mit seinem Chef und damaligem Finanzminister Gerhard Stoltenberg nach schwierigen Finanzforderungsgesprächen mit Honecker & Co bei einem Glas wohlverdienten Bieres saß. Roy sprach den Bundesfinanzminister völlig unbekümmert an und wurde spontan an seinen Tisch zu einem Glas Bier eingeladen. Im vertraulichen, vermutlich abgehörten Gespräch, berichtete Roy über die DDR-Kunstszene und seine geheimen Ausreisepläne und konnte dabei auch einen Kassiber übergeben. Unangemeldet klingelten im Anschluss seine Ehefrau und er um Mitternacht an meiner Wohnungstür in der Berliner Böttzowstraße und baten um ein Nachtquartier. Aber

sie kamen nicht allein. An der noch geöffneten Wohnungstür sahen wir zwei Stasi-Leute mit verdeckten Gesichtern durch das Treppenhaus stürmen. Sie rannten bis ins oberste Geschoss und von dort wieder zurück nach unten und schließlich ins Freie. Wir erschrecken, wir machen dann die restliche Nacht kein Auge zu. (Diese Geschichte ist im *Stern* vom 21. Mai 2004 nachzulesen).

Etwa 1982, also ein Jahr später, wurde ich unversehens wieder in das Umfeld von Köhler verstrickt. Mein Freund Roy bat mich eines Samstagsmorgens beim Transport einer großen Holzkiste zur Ständigen Vertretung der BRD in der Berliner Hannoverschen Straße spontan um Hilfe. Fahrer und Fahrzeug kamen aus Hannover, daher wurden wir weder bei der Anfahrt an der Vertretung noch beim Ausladen der Kiste durch die zahlreichen Volkspolizisten behindert bzw. kontrolliert. Wir stellten die Kiste im exterritorialen Pfortnerbereich der Vertretung vor die Tür und baten um Weiterleitung an das Büro von Minister Stoltenberg in der Graurheindorfer Straße von Bonn, dessen Büroleiter damals Horst Köhler war. Viel später, nach dem Fall der Mauer erfuhr ich, dass die Kiste tatsächlich unversehrt in Bonn angekommen war.

Auf dem Weg zurück zum Fahrzeug stellte sich uns plötzlich doch ein VoPo in den Weg und verlangte unsere Reisepässe. Als er das Blau unserer DDR-Personalausweise ge-

wahr wurde, griff er reflexartig zur Trillerpfeife, und flugs waren wir von weiteren fünf Genossen umringt, die uns rigoros in die Polizeiwache im gegenüberliegenden Wohnhaus eskortierten. Dort muss-



ten wir eine Stunde mit den Gesichtern zur Wand stehen, wobei striktes Redeverbot galt. Nachher wurde jeder einzeln von einem Stasi-Mann in Zivil vernommen. Was war in dieser Kiste, die wir vor die Ständige Vertretung der Bundesrepublik geschleppt hatten? Noch und noch prasselte die Frage des Stasi-Mannes auf uns ein. Ich konnte nur mit den Schultern zucken, denn ich war ja nur der Träger gewesen. Mein Freund Roy offenbarte jedoch das Geheimnis: Es war ein aus Birnenholz geschnitztes Holzrelief, welches noch heute in den Räumlichkeiten des Zweidienstsitzes des Bundesfinanzministers in Bonn hängen soll. Es symbolisierte im Vorgriff auf den Fall der Mauer 1989 die nachfolgende Wiedervereinigung: Zwei Eichenbäume, dessen Äste sich über einer dazwischenstehenden Mauer zu einem undurchdringlichen Geäst vereinen.

→ nächste Seite oben

Ob der Stasi-Genosse diese wahre Geschichte glaubte oder nicht, er musste uns nach zwei Stunden wieder laufen lassen, die Kiste befand sich nicht mehr auf seinem Hoheitsgebiet.

Ein Jahr später, es war 1983, durfte mein Freund Roy mit seiner Familie in den freien Teil Deutschlands ausreisen. Seine damalige Begegnung in der Nante-Stube durfte dabei eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Nach meinem eigenen ersten Ausreisebegehren im April 1984, das ich in Kopie über Freunde in Ungarn an meinen Freund Roy im Westen weiterleitete, trat Horst Köhler erstmalig für uns auf den Plan. Dies geschah diskret, aber wirksam. Roy, der sofort nach seiner Übersiedlung Kontakt zu Köhler aufgenommen hatte und ab diesem Zeitpunkt als sein künstlerischer Berater fungierte, leitete diesen ersten wie auch die vier nachfolgenden Ausreisanträge an ihn weiter, von wo sie ins Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen gelangten. Insbesondere nach meiner Verhaftung in Ostberlin im November 1984 wurden die Aktivitäten in Bonn, Westberlin und München für meine Freilassung intensiviert, die schließlich am 4. Dezember 1985 zu meinem Freikauf und Ende Januar 1986 zu unserer glücklichen Familienzusammenführung in Frankfurt am Main führten. Und Horst Köhler agierte dabei im Hintergrund, dies belegen verschiedene Dokumente eindeutig.

Und so drückte ich nach meiner laut Grundgesetz verbrieften Anerkennung als deutscher Staatsbürger noch 1985 nicht nur dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Brief meinen Dank für den Freikauf aus der Stasi-Haft aus, sondern ich dankte auch Horst Köhler 1994 persönlich auf der Wiese in Köln-Stammheim für seine uneigennützigsten Bemühungen für unsere Freiheit.

Köhlers politische Karriere sollte 1994 richtig Fahrt aufnehmen. Sie führte ihn von Bonn nach London später dann nach Washington D. C., und sie erreichte 2004 ihren Höhepunkt mit dem Einzug in das Berliner Schloss Bellevue als neuntes Deutsches Staatsoberhaupt. Zum großen Bedauern der meisten Deutschen trat er am 31. Mai 2010 nach einer öffentlichen Diffamierung von seinem Amt zurück. Deutschland verlor einen der beliebtesten, bescheidensten und menschlichsten Bundespräsidenten seiner Geschichte. Mir selbst ging sein Rücktritt zutiefst nahe. Am 2. September 2018 durfte ich anlässlich der 70. Geburtstagsfeier inzwischen auch seines und meines Freundes Reinhard Roy auf Schloss Königshain bei Görlitz mit Horst Köhler letztmalig zusammenkommen (siehe Foto). Viel zu früh ist er sieben Jahre später verstorben. Er bleibt unvergessen, auf meinen Freund Roy und mich trifft dies ganz besonders zu.

F.H. Holtschke

Horst Köhler

*22.02.1943

+ 01.02.2025

Ich verbleibe – auch im Namen unseres Verbandes VOS – in dankbarer Erinnerung und mit tiefster empfundenem Beileid für die Hinterbliebenen

Felix Heinz Holtschke

Amtierender Bundesvorsitzender

Abschied von einem, der immer auf unserer Seite war

Die VOS trauert um den früheren Bundespräsident Horst Köhler, der im Februar verstarb

Als er im März 2004 von der FDP und der CDU/CSU als Kandidat auf das Amt des Bundespräsidenten nominiert wurde, war er vielen Menschen in Deutschland nicht bekannt. Es lag dies nicht allein an seiner vorausgegangenen beruflichen Laufbahn, die ihm eher Auftritte im Hintergrund der politischen Öffentlichkeit verschafft hatte, sondern auch an der Art, wie er sich gab. Ein freundlicher, wohlwollender Zeitgenosse, den man gleichsam für einen Pfarrer hätte halten können.

In der Tat war Horst Köhler jemand, der zwar fest und meinungsstark war, aber nicht vorlaut und respektlos mit anderen Menschen umging und an dem sich alle politischen Größen ein Beispiel nehmen können.

Köhler wurde 1943 im damals besetzten Polen geboren. Seine Familie stammte aus Bessarabien, einer Region, die inzwischen unbekannt ist und die sich am Ende des Zweiten Weltkrieges die Sowjetunion einverleibte. Der deutsche Teil der Bevölkerung wurde vertrieben. Köhlers Familie, zu der acht Kinder gehörten, siedelte sich zunächst in der DDR bei Leipzig an, sie flüchtete noch vor dem Mauerbau in den Westen. Horst Köhler erlangte trotz entbehrungsreicher Jahre eine gute schulische Bildung, er studierte und engagierte sich früh bei politischen Aufgaben. Er war seit 1981 Mitglied der CDU und übernahm verantwortungsvolle Aufgaben. 1990 löste er Hans Tietmeyer im Finanzministerium ab. Er wurde Staatssekretär. Sein Fachgebiet waren die wirtschaftlichen und finanziellen Vorgänge, wobei er sich bei den Vertragsabschlüssen auf europäischer Ebene wie im deutschen Einigungsprozess hohe Verdienste erwarb. Wichtig war sein Geschick bei den Verhandlungen zum Abzug des Militärs aus der sowjetisch besetzten DDR, wo es um Milliardenbeträge ging. Auch bei der Prüfung und Gewährung von Zahlungen an die USA im Goldkrieg 1991 nahm Köhler eine wichtige Rolle ein. Horst Köhlers Ansehen in der Welt war enorm, in Deutschland hingegen wurde er eher von Insidern geschätzt. Es mochte einer der Gründe sein, dass seine Nominierung und Wahl zum Bundespräsidenten auf Initiative der damaligen Kanzlerin Merkel für viele überraschend kam. Umso sachlicher, unspektakulärer und vor allem gewissenhafter erfüllte er die mit dem hohen Amt verbundenen Aufgaben.

Dass Köhler nun starb, rief noch einmal die Erinnerung an ihn in unser Gedächtnis. Seine Herkunft, die Sozialisierung und seine berufliche Entwicklung waren vielen Deutschen bis dahin ebenso unvollständig bekannt wie seine konsequente Art, das Amt des Bundespräsidenten auszuüben. Fakt ist, dass wir mit Frank-Walter Steinmeier derzeit einen würdigen und kompetenten Bundespräsidenten haben. Steinmeier ist offensiv, er vertritt die Interessen unseres Landes, er ist demokratisch geprägt, er setzt sich für unser Land ein. Seine Amtszeit endet in einigen Monaten. Wir Demokraten wünschen uns einen aufrechten Nachfolger, einen, der sich sowohl an Steinmeier, aber auch an Horst Köhler ein ernstes Beispiel nehmen wird.

ARK

Gemeinsamkeit durch die Kraft des Glaubens und die Hoffnung

André Rohloffs gute Wünsche zum Osterfest

Liebe Kameradinnen, liebe

Kameraden, liebe Freunde und Angehörige,

zum Osterfest möchten wir als Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e. V. euch allen von Herzen die besten Wünsche und Grüße übermitteln. Möge euch das Licht dieser festlichen Zeit Wärme und Zuversicht spenden. In Zeiten der Herausforderungen, die uns einen, ist es wichtig, den Blick auf das Wesentliche zu richten: Gemeinschaft, Hoffnung und die Erinnerung an die Werte, für die wir stehen. Das Osterfest erinnert uns daran, dass selbst in dunklen Zeiten neues Leben und Freude erblühen können.

Wir hoffen, dass ihr diese Tage im Kreise Eurer Lieben genießen könnt und wünschen euch alles Gute. Lasst uns gemeinsam die Kraft des Glaubens und der Solidarität leben und fördern.

*Frohe Ostern wünscht Ihnen und euch allen
André Rohloff vom Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern der VOS*

Eine erfreuliche Rückmeldung

Ich hatte in Waldheim einen Mithäftling namens Kurt Köppen, 1908 geboren. Er war Dozent an der Ingenieurschule in Roßwein, was nur wenige Kilometer entfernt von Waldheim lag. Er war zu vier Jahren wegen „Hetze“ verurteilt. Wir haben uns nach seiner Entlassung und seinem Freikauf durch die Bundesregierung 1964 noch mehrmals getroffen. Er wohnte damals in Giengen/Brenz in Baden-Württemberg.

Im Hamburger SONNTAGSBLATT, einer Wochenzeitung der Evangelischen Kirche, habe ich im Sommer 1966, bevor ich als Deutschlehrer nach Schweden ging, über ihn und sein Schicksal eine ganze Seite geschrieben. Jetzt schrieb mir mehrmals seine Enkelin, die mich über Umwege ausfindig gemacht hatte, sie hätte auf dem Dachboden ihrer Großmutter meinen Artikel gefunden.

Jörg Bernhard Bilke

Vom unverbesserlichen Laienverstand und seinen Gefahren

In einer Radiosendung, in der Zuhörer um ihre Meinung gefragt wurden, sagte eine Dame, Deutschland sollte kein Sondervermögen für die Aufrüstung bilden und keine Waffen kaufen oder produzieren. Denn wenn der russische Präsident Putin sieht, dass wir nichts gegen ihn unternehmen, wird er uns schon nichts tun. Da muss man – nicht minder naiv – gegenfragen: Hatte denn die Ukraine vor 2022 etwas gegen Putin unternommen, hatte sie aufgerüstet, um Russland anzugreifen oder militärisch zu schaden?

Nein, hatte sie nicht. Sie hatte sogar ihre Atomwaffen an Russland (!) abgegeben. Und trotzdem ist das Land von Putins Armee überfallen worden, wird es weiterhin schwer bekämpft. Uns, die Deutschen, die Putin bekanntlich am meisten hasst, würde er dann aber nicht angreifen?

Igor Gerd Lesnikow

Deutliche Ausrichtung auf die Zeitzeugenarbeit mit Schulen

Brandenburger Forum schärft sein Profil und stellt sich selbst politisch wichtige Ziele

Das im Jahr 2005 gegründete FORUM zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e. V. mit Sitz in Potsdam engagiert sich intensiv für Bildungsprojekte zur Förderung des demokratischen Staatswesens im Land Brandenburg. Dieser Vereinszweck wird durch Projekte zur Erinnerungskultur über das Wesen und die Folgen der SED-Diktatur zur Vermittlung an die heutige Generation verwirklicht. Die Schaffung bzw. Erhaltung von Gedenkorten der SED-Diktatur, deren Besuche von Schülergruppen sowie Schülerbegegnungen mit Zeitzeugen stehen dabei im Zentrum der Vereinsaktivitäten. So setzte das FORUM gegen erhebliche Widerstände der Denkmalpfleger durch, dass die letzten Original-Mauerreste Potsdams am Griebnitzseeufer im Jahr 2008 doch noch unter Denkmalschutz gestellt wurden und erreichte durch die eigenständige Errichtung eines Holzkreuzes die Schaffung der Mauergedenkstätte am Griebnitzsee. Hierhin lädt das FORUM seit 20 Jahren am 13. August und 9. November zu Gedenkveranstaltungen zu Ehren der Maueropfer ein, an denen Schulklasse aus Potsdam und Berlin teilnehmen. Dabei berichten die Schüler(innen) über die Erkenntnisse aus vorausgegangenen Zeitzeugengesprächen und stellen die Erfahrungen auch künstlerisch dar. An eben dieser Mauergedenkstätte übernimmt das FORUM in jedem Jahr auch die 12stündige Absicherung eines Verpflegungspunktes für den jährlich in um Berlin stattfindenden 160 km langen Mauerweglauf, zu dem sich ein Teilnehmerfeld aus mehreren Kontinenten einfindet.

Einen besonderen Schwerpunkt setzt das FORUM auf die Durchführung von Zeitzeugen-Gesprächen an den weiterführenden Schulen der Länder Berlin und Brandenburg. Hierzu werden Erfahrungen in den Medien und beim jährlichen Austausch der Opferverbände mit dem Ministerpräsidenten weitergegeben. Ziel ist es – wie es bereits die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur formulierte – die in den Rahmenlehrplänen festgeschriebenen Aufgaben, dass die Schülerinnen und Schüler in ihrer Schulzeit je einen Gedenkort der NS- und SED-Diktatur besuchen und im Unterricht einem Zeitzeugen der SED-Diktatur begegnen sollen, zu verwirklichen. Aktuell ringt das Forum in Gesprächen mit dem Bildungsministerium um Wege zur Durchsetzung dieser Zielstellung. In diesem Zusammenhang soll auch erreicht werden, dass für alle Brandenburger Schulen ein Zeitzeugenportal eingerichtet wird, um je nach Unterrichtsschwerpunkt den Schulen eine dem Lehrplan der Schulklassen oder den Leistungskursen angepasste, eigene Zeitzeugenauswahl möglich ist.

Das FORUM veröffentlichte in Medien zu Jubiläen wichtiger Ereignisse der Friedlichen Revolution bisher eine Vielzahl von historischen Beiträgen, aktuell zur Bedeutung des Potsdamer Bürgerkomitees RVK vom 6. Dezember 1989 bis zum 26. April 1990 zu den damals bevorstehenden ersten freien Kommunalwahlen im Mai 1990.

Manfred Kruczek, Vorsitzender

Dieser Auftrag hatte große Eile, das Ergebnis ist bis heute aktuell

Vor 25 Jahren erschien die Festschrift des Verbandes zum Spiegel eines halben Jahrhunderts

Ende Oktober des Jahres 1999 erreichte mich ein Anruf des damaligen Bundesvorsitzenden Klaus Schmidt. Es ging um das 50jährige Bestehen des Verbandes, das in einem viertel Jahr anstand. Zu diesem Jubiläum sollte eine Festschrift erstellt werden. Schmidt fragte, ob ich das machen könne. Ich war verunsichert, ich fragte gegen, warum er sich jetzt erst mit der Anfrage melde. Üblicherweise werden derartige Projekte nicht holterdiepolter abgewickelt, und dieses Jubiläum war nichts, was irgendjemanden überraschte. Mir war zudem nicht klar, woher ich das Material über die Geschichte der VOS bekommen sollte. Kamerad Schmidt erwiderte kleinlaut, dass ursprünglich ein anderes Mitglied für den Auftrag vorgesehen war. Der sei schwer erkrankt.

Nun, ich zögerte nicht, obwohl ich begriff, dass auf mich die zweite Wahl als eine Art Ersatzmann gefallen war. Ich fuhr im November nach Magdeburg, wo das von der dortigen Landesbeauftragten organisierte Treffen der SED- Opfer stattfand. Ich traf mit dem Bundesvorstand der VOS die nötigen Absprachen, unterzeichnete einen Vertrag und nahm einen Stapel vordem erschienener Freiheitsglocken mit. Zudem bekam ich die Telefonnummern einiger langjähriger VOS-Mitglieder. Ich schloss in Windeseile die inzwischen begonnene Arbeit an der neuen Freiheitsglocke ab, machte einen Schnitt an dem Buch, an dem ich gerade schrieb und erledigte als erstes das Formelle für die Festschrift: Ich holte die Kostangebote der Druckereien ein, wählte das günstigste davon aus und klärte mit dem Auftragnehmer die Anforderungen für das Format und die Auflagenhöhe ab. Es ging recht schnell, so dass ich sofort mit der eigentlich Arbeit beginnen konnte.

Da waren die früheren Fg- Ausgaben, die ich durchsehen musste, da waren die ersten Telefonate, die ich führte, und da trafen die ersten Fotos und Dokumente bei mir ein. Zugleich legte ich eine Liste der Personen an, von denen ich für die Festschrift Grußworte anzufordern gedachte. Man weiß, Grußworte zu

liefern ist eine Ehre, es sind eher kurzsichtig veranlagte Leute, denen die Bereitschaft für das Wahrnehmen dieser Aufgabe fehlt. Da waren immerhin der Bundespräsi-

Die Freiheitsglocke wird 75 Jahre – Bilanz und Ausblick

dent, der Kanzler, der Regierende Bürgermeister von Berlin und jene weiteren Leute, die mir wichtig waren. Um andere kam ich wiederum nicht umhin. Auf Johannes Rau, den ich schon vor seiner Wahl zum Bundespräsident sehr geschätzt hatte und mit dessen Büro-Beauftragter ich umfassende freundliche Gespräche führte, legte ich besonderen Wert. Gerhard Schröder, Eberhard Diepgen, der Bundesvorstand unserer VOS waren mir ebenfalls wichtig. Verdiente Kameraden wie Karl-Wilhelm Fricke und Jörg Bilke durften ebenso wenig fehlen. Feststeht, diese würde ich im Falle einer Neuauflage, über die noch zu reden ist, beibehalten bzw. auch die aktuellen Amtsinhaber hinzufügen.

Gerade auch die politische Publikations- und Bildungsarbeit, die in der Regel mit mehr als bescheidenen Geldmitteln bewältigt werden musste, zählt zu den Verdiensten der VOS. Wieviel Hingabe an die Sache dokumentiert bis heute allein das Erscheinen der „Freiheitsglocke“!

Karl Wilhelm Fricke im Grußwort zum 50jährigen Bestehen der VOS in der Festschrift des Jahres 2000

Die Antworten auf meine Anfragen kamen schnell, die Inhalte waren freundlich, oft individuell geprägt. Mit dem Studium der alten Ausgaben der Freiheitsglocke kam ich gut voran. Ich kann auch sagen, dass es für mich nicht nur die Erfüllung eines Vertrages war, sondern es erwies sich als inhaltlich äußerst interessant, ich lernte viel über unseren Verband, ich kam den Menschen, die ihn gegründet und teils über Jahrzehnte vorangebracht haben, sehr nahe, ich freundete ich

mich im Geiste mit den vormaligen Redakteurinnen und Redakteuren an und sah, welche hohe Wertschätzung diese VOS seit ihrer Gründung erfahren hatte. Ebenso lernte ich, welche Wege verdiente Kameraden wie Hans-Joachim „Jochen“ Platz oder Gitta Bauer gegangen waren. In fast dreißig Jahren nicht eben unkomplizierter Redakteurszeit hat mich das Wirken meiner Vorgänger immer wieder angespornt und motiviert. Ende des Jahres 1999 hatte ich den Entwurf der Festschrift. Es waren 200 Seiten, ich hatte die Texte durchgehend allein formatiert, die Fotos eingebaut und die Grußworte entsprechend der Rangfolge der Ämter und jener ohne bedeutendes Amt nach dem Alphabet angeordnet. Der Festakt fand im Februar 2000 in Friedrich statt. Namhafte Politiker waren dabei, viele VOS-Mitglieder, die nun nicht mehr leben sind, nahmen teil. Die Festschrift bekam Beifall und fand große Zustimmung. Ich denke, der Vorstand wird den Ausfall des ursprünglichen Kandidaten nicht bereut habe. Nicht nur ich bin der Meinung, wir sollten dieses Zeugnis eines halben Jahrhunderts politischer und sozialer, aber auch entbehrungsreicher Aktivitäten zum Wohle unseres Landes endlich aktualisieren und neu auflegen. Jetzt mit einem ansprechenderen Design und Themen wie dem Ringen um die Ehrenpension, die uns zuletzt beschäftigt haben.

Diese VOS, unser Verband, ist etwas Großartiges und Einmaliges, er – gemeint sind alle Mitglieder, die er je hatte und bis heute hat und vielleicht noch bekommen wird – hat eine enorme historische Leistung vollbracht, er ist aus Deutschlands Nachkriegsgeschichte nicht wegzudenken. Und ich möchte abschließend noch einmal auf das Zitat (Seitenmitte) von Karl Wilhelm Fricke verweisen, das bereits in der vorigen Fg-Ausgabe zu lesen war und das eigentlich alles über uns, unser Ziel und unsere Verdienste zur Durchsetzung und zur Erhaltung von Demokratie und Freiheit, aber auch von unserem tiefen sozialen Engagement aussagt.

Alexander Richter-Kariger

Satzung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

§ 1 Name und Sitz

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus, im folgenden VOS genannt, ist ein rechtsfähiger Verein. Der Verein führt den Namen: „**VOS — Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.** Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus“. Gründungstag ist der 09. Februar 1950. Gerichtsstand ist Berlin, Amtsgericht Charlottenburg.

§ 2 Zweck und Ziele

Die VOS ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig und bezweckt den Zusammenschluss der Gegner und Opfer des Kommunismus. Opfer des Kommunismus sind neben den ehemaligen politischen Häftlingen insbesondere aus der untergegangenen DDR alle diejenigen Personen deutscher Staatszugehörigkeit, die im kommunistischen Machtbereich aus politischen Gründen verfolgt wurden. Hierzu zählen auch deren Hinterbliebene.

Natürliche und juristische Personen, die die Bestrebungen und Aktivitäten der VOS unterstützen und fördern wollen, können Mitglieder werden, wobei juristische Personen kein Stimmrecht haben.

Kameradschaftlichkeit unter den Mitgliedern, gegenseitige Hilfe und Unterstützung, Verlässlichkeit und Achtung für den anderen sind tragende Säulen der Zusammengehörigkeit und des Umgangs innerhalb dieser Gemeinschaft. Die Mitglieder der VOS eint der Kampf gegen das Vergessen über das geschehene Unrecht in der zweiten deutschen Diktatur.

Die VOS verfolgt ausschließlich gemeinnützige Ziele im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Sie verfolgt keine eigenwirtschaftliche Zwecke.

Die Mitglieder erhalten keine unbegründeten Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Arbeitsbedingte pauschale Aufwandsentschädigungen des geschäftsführenden Bundesvorstandes bedürfen eines mehrheitlichen Beschlusses des Bundesvorstandes.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Der Wirkungskreis der VOS umfasst die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

Die VOS setzt sich für die Rechte der ehemaligen politisch Verfolgten bzw. ihrer Hinterbliebenen ein. Sie fordert eine angemessene Wertschätzung und Wiedergutmachung gegenüber den Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft.

Die VOS versteht sich aufgrund ihrer Gründungsmotivation als Gegner des Kommunismus als auch aller



übrigen totalitären Regime weltweit. Die VOS widersetzt sich allen nationalen Bestrebungen zur Etablierung einer neuen sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaftsstruktur.

Die VOS fordert eine konsequente und vollständige Aufarbeitung der SED-Diktatur und unterstützt diese gesellschaftspolitische Notwendigkeit nach besten Kräften. Sie nutzt die besonderen Diktatur-Erfahrungen ihrer Mitglieder bei der Aufarbeitung der erlebten Vergangenheit bspw. als Zeitzeugen bei der Demokratieverzierung insbesondere junger Menschen und bei der politischen Aufklärung der Öffentlichkeit zur dauerhaften Festigung unserer demokratischen Strukturen.

Die Zusammenarbeit mit anderen Opferverbänden, insbesondere mit deren Dachverband, der *Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)*, ist zur besseren Durchsetzung der Verbandsziele aktiv zu gestalten.

Die VOS organisiert und fördert die vorgenannten Bestrebungen und Ziele durch die Herausgabe einer Verbandszeitung mit dem Titel *Freiheitsglocke* sowie durch Pflege einer informativen, frei zugänglichen Internetseite unter www.vos-ev.de.

§ 3 Mitgliedschaft bei der VOS

Mitglied des Vereins kann jede der in § 2 genannten Personen sein, wenn sie die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerte freiheitlich demokratische Grundordnung bejaht und die Satzung als verbindlich anerkennt.

Mitglied des Vereins kann nicht werden oder sein, wer wegen eines Verbrechens oder schweren Vergehens bestraft worden ist.

Mitglied des Vereins kann nicht sein, wer das Repressionsystem der DDR aktiv durch Mitgliedschaft beim MfS oder in der SED unterstützt hat. Die Mitglieder des Vorstands haben eine Unbedenklichkeitsbescheinigung seitens des Bundesarchivs für Stasi-Unterlagen (BStU) vorzulegen.

Mitglied des Vereins kann nicht sein, wer durch sein Verhalten oder seine Äußerungen zu erkennen gibt, dass er die freiheitlich demokratische Grundordnung, manifestiert in unserem Grundgesetz, nicht unterstützt, ablehnt oder gar bekämpft.

Mitglied des Vereins kann nicht sein, wer durch Mitgliedschaft oder in anderer Form extremistische oder verfassungsfeindliche Parteien oder Organisationen unterstützt, die als solche vom parteienunabhängigen Verfassungsschutz eingestuft werden.

Juristische Personen, die die Ziele und Aufgaben der VOS bejahen und diese unterstützen wollen, können als fördernde Mitglieder in die VOS aufgenommen werden. Das aktive und passive Wahlrecht ist für diesen Personenkreis jedoch ausgeschlossen.

§ 4 Erlangung der Mitgliedschaft

Der Antrag auf Aufnahme ist schriftlich mittels vorgeschriebenem Formblatt (siehe VOS-Internetseite) sowohl bei einem aktiven und selbstständigen Landesvorstand oder aber auch beim Bundesvorstand einzureichen. Über die Aufnahme entscheidet der geschäftsführende Bundesvorstand, bei Landesverbänden mit dem Status eines eingetragenen Vereins der Landesvorstand. Er kann die Aufnahme unter Verweis auf die gültige Satzung ablehnen. Die Aufnahme gilt mit Aushändigung des Mitgliedsausweises und der Satzung als vollzogen.

Für verdienstvolle Mitglieder der VOS kann der Bundesvorstand auch Ehrenmitgliedschaften verleihen. Dies kann auch posthum vorgenommen werden.

§ 5 Beendigung der VOS-Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet:

- durch freiwilligen Austritt. Der freiwillige Austritt kann jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber dem geschäftsführenden Bundesvorstand oder Landesvorstand mit Wirkung zum Ende des Kalenderjahres erfolgen.
- durch den Tod: durch Ausschluss.

Ein Mitglied kann nach schriftlicher Anhörung und nach Anhörung des Vorstands der zuständigen und noch aktiven Landesgruppe, durch den geschäftsführenden Bundesvorstand, bei Landesverbänden mit dem Status eines eingetragenen Vereins durch den Landesvorstand ausgeschlossen werden, wenn einer der folgenden Ausschließungsgründe gegeben ist:

- Handlungen, die gegen die Interessen der VOS gerichtet sind oder ihrem öffentlichen Erscheinungsbild als Opferorganisation schaden;
- Strafbare Handlungen vor und/oder während der Mitgliedschaft und grobe Verstöße gegen die Satzung gemäß §§ 2 und 3 der Satzung;
- Wissentlich falsche Angaben im Aufnahmeantrag.
- durch Streichung aus dem Mitgliederverzeichnis. Ein Mitglied kann durch den geschäftsführenden Bundesvorstand, bei noch aktiven Landesverbänden mit dem Status eines eingetragenen Vereins durch den Landesvorstand aus dem Mitgliederverzeichnis gestrichen werden, wenn es länger als 24 Monate mit seinem Beitrag im Rückstand ist und bereits einmal per Einschreiben oder anderweitig nachweislich und schriftlich unter Hinweis auf § 5 der Satzung gemahnt wurde.
- Ein Ausschluss oder eine Streichung ist dem Mitglied schriftlich unter Angabe der Gründe an seine letzte bekannte Adresse mitzuteilen.

Wird ein Mitglied ausgeschlossen oder aus dem Mitgliederverzeichnis gestrichen, steht ihm innerhalb einer Frist von vier Wochen das Recht auf Beschwerde beim Bundesvorstand zu, der gemeinsam mit dem Beschwerdeausschuss (siehe § 8.2.) darüber mit einfacher Mehrheit entscheidet. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen und zu begründen.

Hat der Verein ein Schiedsgericht gemäß § 14 Abs. 3 die-

ser Satzung bestellt, so kann gegen den Entscheid über die Beschwerde (Absatz 3.) unter Ausschluss des Rechtsweges innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe ein Schiedsgericht angerufen werden, das abschließend entscheidet. Die Anrufung einer ordentlichen Gerichtsbarkeit bleibt davon unbenommen.

§ 6 Aufnahmegebühr, Beitragshöhe und Beitragsentrichtung

Die Aufnahmegebühr zur Mitgliedschaft in der VOS e.V. beträgt 10,00 Euro. Sie ist bei Einreichung des Aufnahmeantrages zu entrichten. Die jeweilige Höhe des Mitgliedsbeitrages wird vom geschäftsführenden Bundesvorstand beschlossen. Er beträgt für das Jahr 2025 insgesamt 45 Euro, muss jedoch zur Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit infolge der abnehmenden Mitgliederzahl ab dem 01. Januar 2026 auf 60,00 Euro / Jahr erhöht werden.

Die Beitragszahlung ist eine Bringschuld.

Der Jahresbeitrag ist spätestens zum 31. März eines laufenden Jahres auf das Konto des VOS- Bundesvorstandes einzuzahlen.

Bei bargeldloser Überweisung gilt der Post- bzw. Banküberweisungsbeleg als Quittung.

Der geschäftsführende Bundesvorstand kann auf Antrag einkommensschwachen Mitgliedern den Mitgliedsbeitrag ermäßigen oder im schweren Fall befristet erlassen.

In Fällen eines außerordentlichen Finanzbedarfs kann der Bundesvorstand eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages in einer angemessenen, jedoch erforderlichen Höhe beschließen. Hierfür muss die mehrheitliche Zustimmung der Mitglieder schriftlich eingeholt werden. Bei der Stimmentziehung gilt das Mehrheitsprinzip.

Etwaige Kassen-Überschüsse dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Verbandsmitglieder haben im Falle ihres Ausscheidens oder bei der Auflösung oder Aufhebung der Vereinigung keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen, auch keinen anteiligen.

Für Nichtmitglieder des Verbandes besteht die Möglichkeit, das VOS-Publikations-Organ *Freiheitsglocke* zu abonnieren. Ein Jahresabonnement kostet 30 Euro.

§ 7 Gliederung der Vereinsstruktur

Die VOS ist seit ihrer Gründung nach dem Territorialprinzip in Bezirks- und Landesgruppen gegliedert. Die regionale Zugehörigkeit der Mitglieder zu ihrem örtlichen Vereinsorgan wird durch den Wohnort bestimmt.

Die Vereinsorgane von der Basis bis zur Vereinsspitze sind:

Die Bezirksgruppe

Die Landesgruppe

Der Bundesvorstand

Diese traditionellen und für lange Zeiten bewährten Organisationsstrukturen einschließlich der Gültigkeit der Mandate für die jeweilige Wahlperiode bleiben so lange erhalten, wie die regionalen Strukturen physisch arbeitsfähig sind.

Die von früheren Bundesvorständen eingeräumten individuellen Vereinsrechte der VOS-Regionalvereine bleiben bis zu deren Auflösung erhalten.

§ 8 Generalversammlung – Neue Entscheidungsstrukturen

Die satzungsmäßig seit Gründung der VOS im Abstand von jeweils drei Jahren vorgesehene Generalversammlung ist aufgrund der derzeitigen Altersstruktur ihrer Mitglieder nicht mehr im gewohnten Modus durchführbar. Mit Inkrafttreten dieser Satzung gilt daher folgende Neuregelung:

Das Vereinsberichtswesen, wie der Kassen- und Geschäftsbericht des Bundesvorstandes für die abgelaufenen drei Geschäftsjahre, sowie der Bericht des Bundesrechnungsprüfers werden im Publikationsorgan der VOS, der *Freiheitsglocke*, im Dreijahres-Rhythmus veröffentlicht. Dabei gilt der Bundesvorstand nach einer Wahlperiode als entlastet, wenn die Anzahl der schriftlichen Einsprüche kleiner ist als 50 Prozent der jeweiligen Gesamtmitgliederzahl.

Der Bundesvorstand schreibt über die Monatszeitschrift *Freiheitsglocke* rechtzeitig vor Ablauf einer Wahlperiode die Mandate für einen Beschwerdeausschuss und für zwei Rechnungsprüfer aus. Dies geschieht im vereinfachten Verfahren.

Wichtige Grundsatzentscheidungen des Verbandes sowie notwendige Satzungs-änderungsvorschläge werden vorab in der *Freiheitsglocke* veröffentlicht. Änderungsanträge können schriftlich beim Bundesvorstand eingereicht und bei Sachdienlichkeit in die Satzung eingearbeitet werden. Sie gilt sodann als beschlossen, wenn weniger als 50 % Gegenstimmen beim Bundesvorstand eingereicht werden als der Verband Mitglieder zählt.

§ 9 Der Bundesvorstand

Die Wahl des neuen Bundesvorstandes sowie der Bundesrechnungsprüfer erfolgen per Briefwahl. Der Bundesvorstand wird für die Dauer von drei Jahren per Mitglieder-Briefwahl mit einfacher Mehrheit gewählt. Er bleibt geschäftsführend bis zur jeweiligen Neuwahl eines Bundesvorstandes im Amt. Der Bundesvorstand besteht aus dem Bundesvorsitzenden und zwei Stellvertretern, von denen einer gleichzeitig als Schatzmeister fungiert. Zusammen bilden sie den geschäftsführenden Bundesvorstand. Jeweils zwei Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes vertreten die VOS gemeinsam gerichtlich und außergerichtlich im Sinne des § 26 BGB.

Die Wahlbriefe bleiben bis zum Beginn der Auszählung geschlossen. Die Auszählung der Briefwahlstimmen erfolgt durch eine vom Vorstand zu benennende Wahlkommission. Diese besteht aus drei Personen, die nicht dem Vorstand angehören und keine Kandidaten sein dürfen.

Die Wahlkommission legt einen Vorsitzenden fest. Das Ergebnis der Briefwahl ist zu protokollieren und von den Mitgliedern der Wahlkommission zu unterzeichnen.

Das Wahlprotokoll wird in der *Freiheitsglocke* veröffentlicht. Zwischen dem Auszähltermin und dem Erscheinen der das Wahlergebnis mitteilenden *Freiheitsglocke* dürfen maximal drei Wochen liegen.

Die Bundesvorstandsmitglieder einschließlich des Bundesvorsitzenden gelten als gewählt, wenn sie in der kandidierten Funktion jeweils die meisten Stimmen auf sich vereinen können.

Nimmt der durch Briefwahlstimmen gewählte Kandidat die Wahl jedoch nicht an, so gilt der Kandidat mit dem zweitbesten Stimmenergebnis als gewählt.

Das Endergebnis der Bundesvorstandswahl tritt unmittelbar nach der Bestätigung der Stimmenauszählung mit Unterzeichnung Wahlprotokolls durch die Wahlkommission in Kraft. Es in der nächsten *Freiheitsglocke* den Verbandsmitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

Der neugewählte Bundesvorstand teilt dem abgewählten Alt-Bundesvorstand das endgültige Wahlergebnis der erfolgten Briefwahl schriftlich mit.

Scheidet ein Vorstandsmitglied (Bundesvorsitzender, Stellvertreter, Schatzmeister) vorzeitig aus, so ist in einer angemessenen Frist, jedoch nicht später als in 18 Monaten einer regulären Wahlperiode, eine Nachwahl der vakanten Position per Briefwahl durchzuführen. Bis zur Nachwahl teilen sich die zwei verbliebenen Vorstandsmitglieder die laufenden Aufgaben des geschäftsführenden Vorstandes.

Der amtierende Bundesvorstand kann einen Ehrenvorsitzenden der VOS wählen. Dieser kann auf Einladung als Berater an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilnehmen und im Auftrag des Bundesvorstandes auch Verbandsaufgaben wahrnehmen. Er hat jedoch keine Entscheidungsbefugnisse.

Der Bundesvorstand kann befristet einen Geschäftsführer gemäß § 30 BGB als besonderen Vertreter mit dem Geschäftsbereich "Führung der Bundesgeschäftsstelle" bestellen.

§ 10 Berufung von Mandatsträgern

Mandatsträger, die die VOS in öffentlichen Institutionen vertreten sollen (z.B. Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, UOKG, Fernsehbeirat), werden einvernehmlich vom geschäftsführenden Bundesvorstand bestellt. Entsprechende Kandidaten-Vorschläge können die Verbandsmitglieder bei Vakanzan jederzeit schriftlich beim Bundesvorstand einreichen.

§ 11 Rücktritt und Abberufung von Mandatsträgern

Ein Mandatsträger im Bundesvorstand kann sein Mandat durch eine einfache schriftliche Erklärung gegenüber dem restlichen Bundesvorstand freiwillig abgeben. Bei Rücktritt oder Abberufung eines Mandatsträgers auf Bezirks- oder Landesebene kann die übergeordnete Verbandsstufe bis zu einer baldigen Neuwahl ein Mitglied kommissarisch mit dem Amt betrauen. Dieser ist danach für eine schnellstmögliche Neuwahl verantwortlich, sofern das Gremium personell seine Aufgaben weiterhin erfüllen kann.

Über die Abberufung oder zeitweilige Suspendierung eines Bundesvorstandsmitgliedes entscheiden die übrigen Bundesvorstandsmitglieder. Diese sind verpflichtet, den Verbandsmitgliedern zeitnah eine stichhaltige Begründung für die vollzogene Suspendierung von der Bundesvorstandsfunktion zu Kenntnis zu bringen.

Gegen die Entscheidung einer Suspendierung können die Verbandsmitglieder beim restlichen Bundesvorstand schriftlich Einspruch erheben. Übersteigt die Einspruchsquote mehr als die Hälfte der aktuellen VOS-Mitgliederzahl, hat der Rest-Bundesvorstand die Suspendierung zu annullieren.

§ 12 Anträge an den Bundesvorstand sowie Beschlussfassung

Verbandsrelevante Anträge können von den noch existierenden Bezirks- sowie Landesverbänden sowie nach deren Auflösung auch von einzelnen Verbandsmitgliedern schriftlich beim Bundesvorstand eingereicht werden. Sie sind bei entsprechender Angemessenheit durch den Bundesvorstand umzusetzen; deren Ablehnung in einem angemessenen Zeitraum den Antragstellern durch den Bundesvorstand schriftlich zu begründen. Verbandsexistenzielle Anträge sind zu veröffentlichen und per Briefwahl durch die Verbandsmitglieder abzustimmen. Sie gelten als verbindlich angenommen, wenn mehr als 50 % der Mitglieder den Antrag befürwortet haben.

Bei Beschlüssen des Bundesvorstandes gilt grundsätzlich das Mehrheitsprinzip. Für Satzungsänderungen ist eine Stimmenmehrheit per Briefwahl von mehr als der Hälfte der stimmberechtigten Verbandsmitglieder erforderlich.

Zur verbandstechnischen Auflösung der VOS bedarf es drei Viertel der abgegebenen Briefwahlstimmen aller stimmberechtigten Verbandsmitglieder.

Grundsätzlich werden bei einer Briefwahl alle nicht-abgegebene Stimmen der stimm-berechtigten Verbandsmitglieder als Zustimmung gezählt.

§ 13 Beurkundung der Beschlüsse

Die von den bestehenden Organen der VOS gefassten Beschlüsse sind durch den jeweiligen Schriftführer schriftlich niederzulegen und ggf. von dem jeweiligen Versammlungsleiter sowie dem Protokollführer zu unterzeichnen. Die Benutzung von Tonträgern ist zulässig.

§14 Rechnungsprüfer und Schiedsgericht

Die Bundesrechnungsprüfer prüfen den ordnungsgemäßen Umgang mit den Geldern der Bundesgeschäftsstelle und der noch bestehenden Landesgruppen mit Kassenhöheit. Die Bundesrechnungsprüfer können darüber hinaus selbst oder durch ein von ihnen schriftlich beauftragtes Mitglied eines Landesvorstandes jederzeit die Kassenführung der noch aktiven Bezirksgruppen überprüfen. Sie können die Richtlinien für die Tätigkeit des Rechnungsprüfers selbstständig fortentwickeln und in Kraft setzen. Die Bundesrechnungsprüfer tragen dafür Sorge, dass die Kassenbestände von in Auflösung befindlichen Bezirks- und Landesgruppen zeitnah in die Bundeskasse transferiert werden.

Der Bundesvorstand kann bei Bedarf jeweils für die Dauer einer Wahlperiode ein dreiköpfiges Schiedsgericht benennen, bestehend aus einem Mitglied des Bundesvorstandes als Vorsitzenden, eines Verbandsmitglieds aus dem anrufenden Landesverband bzw. der

Region sowie einem geeigneten freiwilligem Mitglied der VOS. Mit der Anrufung des Schiedsgerichts wird auf die Anrufung ordentlicher Zivilgerichte verzichtet. Im Übrigen gelten für Rechtsstreitigkeiten die Bestimmungen der §§ 1025 ff. ZPO.

§ 15 Redakteur der Freiheitsglocke und Redaktionsausschuss

Der geschäftsführende Bundesvorstand beruft einen fachlich und journalistisch geeigneten Redakteur für die VOS- Verbandszeitung *Freiheitsglocke*.

Der Bundesvorstand bildet für die Dauer seiner Amtsperiode einen dreiköpfigen Redaktionsausschuss, der den Redakteur bei der redaktionellen Tätigkeit für die jeweils termingerechte Herausgabe der *Freiheitsglocke* unterstützt. Der Bundesvorsitzende ist automatisch Vorsitzender des Redaktionsausschusses.

Redakteur und Redaktionsausschuss entscheiden gemeinsam. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden des Redaktionsausschusses.

Der Redakteur ist regelmäßig zu den Sitzungen des Bundesvorstandes einzuladen.

§ 16 Auflösung der VOS

Der Antrag auf Auflösung der VOS kann vom Bundesvorstand oder von den Verbandsmitgliedern durch einen schriftlichen Antrag an den Bundesvorstand gestellt werden. Dieser Antrag muss von sämtlichen Antragstellern unter Bezeichnung der von ihnen vertretenen Gliederung unterzeichnet sein.

Der Antrag gilt als angenommen und zur schnellstmöglichen Umsetzung als verbindlich, wenn er eine 3/4 -Stimmenmehrheit sämtlicher stimmberechtigter Verbandsmitglieder aufweist.

Bei Auflösung der VOS fällt ihr Vermögen an die *Stiftung für ehemalige politische Häftlinge*. Das dem Vermögensempfänger übertragene Verbandsvermögen darf ausschließlich und unmittelbar nur für steuerbegünstigte Zwecke verwendet werden.

§ 17 Schlussbestimmung

Diese Neufassung der Satzung ist vom kommissarischen Bundesvorstand erstellt und durch mehrheitliche Zustimmung der Verbandsmitglieder beschlossen worden. Sie tritt unmittelbar mit der Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg in Kraft. Alle vorhergehenden Fassungen einschließlich der letzten vom 24.10.2021 werden zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft gesetzt.

Der kommissarische Bundesvorstand

Felix-Heinz Holtschke

Kommiss. Bundesvorsitzender

May-Britt Krüger

Stellv. Bundesvorsitzende und Schatzmeisterin

Rotraut von Dechend

Beisitzerin

Johannes Rink

Beisitzer

Neubrandenburg: Das einstige UHA-Gelände des MfS als Objekt des Streits

Eine Einschätzung aus übergeordneter Perspektive und mit abwägenden Argumenten

Erinnerung ist eine schwammige, unsichere Sache. Jeder Mensch weiß aus Erfahrung, wie sie trügen kann. Das gilt in noch höherem Maß für das kollektive Erinnern. Es entsteht nicht naturwüchsig. Institutionen und Organisationen formen kollektive Erinnerungen, Traditionen, Identitäten. Sie transportieren Lehren der Vergangenheit für die Gegenwart. Es geht um Orientierung und um Deutungshoheit darüber, was kollektiv erinnert werden soll. Denn die Antwort darauf markiert einen Pfad für die zukünftige Entwicklung.

In Deutschland ist der Streit über die Lehren aus unserer Geschichte immer wieder ein Bezugspunkt der politischen Öffentlichkeit gewesen. Die Auseinandersetzung über Vergangenes bildete in der deutschen Demokratie eine besondere und auch eine besonders fruchtbare Form des Streits über die gemeinsame Zukunft. Das gilt besonders für die beiden deutschen Diktaturen, ihre Ursachen und Folgen.

Während die Auseinandersetzung über den Nationalsozialismus mit wachsendem zeitlichem Abstand an Intensität verloren hat, wird der Streit über die DDR, ihr schmähliches Ende und den heftigen Umbruch danach immer noch geradezu erbittert ausgetragen. Es geht um Schuldfragen und verschiedenste Gefühlslagen. Gestritten wird, was erinnerungswürdig ist, wenn wir über die DDR und ihren Zusammenbruch sprechen. Bedenklich für die demokratische Kultur ist dabei, dass sich Teilnehmer an solchen Debatten gegenseitig das Recht zur Beteiligung daran absprechen. Unser Land, das bei seinem Zusammenschluss vor fast 35 Jahren wegen der jahrzehntelangen Teilung unterschiedliche historische Erfahrungen zusammengebracht hat, braucht aber dringend offene Debatten über die Vergangenheit. Nur so kann das vereinte Deutschland sich ein gemeinsames und einigendes Verständnis der jüngeren deutschen Geschichte erarbeiten. Ost und West, Jung und Alt, auch Opfer und Täter: sie alle müssen zu Wort kommen können, wenn richtig und falsch in demokratischer Auseinandersetzung ermittelt werden soll. In diesem Spannungsfeld wird in Neubrandenburg darüber gestritten, was mit einer ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS auf dem Neubrandenburger Linden-

berg in Zukunft geschehen soll. Bekannt ist nicht viel über den erst 1987 eröffneten letzten Gefängnisneubau der Staatssicherheit. Er gehörte zu den insgesamt 16 Untersuchungshaftanstalten des MfS und ersetzte die bis 1987 genutzte Stasi-Haftanstalt Töpferstraße in Neustrelitz. Seit 1990 wurde sie fast drei Jahrzehnte als Justizvollzugsanstalt des Landes MVP genutzt, seitdem steht sie leer. Es gibt gute Gründe, über die Zukunft der ehemaligen UHA in Neubrandenburg intensiv und manchmal unversöhnlich zu streiten. Die Haftanstalt berührt zahlreiche Aspekte der Geschichte der DDR und der Zeit nach ihrem Untergang. Insbesondere berührt das ehemalige Verfolgte im SED-Staat. Sie wollen mit dem Erhalt der UHA die Geschichte der brutalen SED-Diktatur in Erinnerung halten. Dabei geht es ihnen es auch um die Würdigung der Opfer der Diktatur. Manche hoffen, dass eine lebendige Erinnerung verhindern kann, dass diese Haftanstalten erneut in Deutschland errichtet werden. Andere wollen am Beispiel der groß dimensionierten Haftanstalt und der ebenso überdimensionierten wirkenden MfS-Bezirksleitung den seit den 1970ern geplanten Ausbau der Musterstadt Neubrandenburg thematisieren. Dieses Modernisierungsprojekt der SED setzte von Beginn an auf die gezielte Zerschlagung alter und die Schaffung neuer Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen – notfalls mit Härte gegenüber seinen Gegnern. Die Dimension des MfS-Geländes auf dem Lindenberg zeigt aus ihrer Sicht, dass der mit aller Härte geführte Kampf gegen die angeblichen Feinde des Sozialismus für die SED ein integraler Teil des Neuaufbaus einer vermeintlich sozialistischen Gesellschaft war. Am MfS-Komplex am Lindenberg kann gezeigt werden, so das Argument, dass sich Staatssicherheit, Verhöre, Gängelung und Mauer nicht von den unbeschwerten Ferien an der Ostsee oder dem Balaton trennen lassen. Angesichts der Schärfe des Umbruchs in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in der ehemaligen Musterstadt Neubrandenburg nach 1990 birgt ein solcher Blick auf das dortige MfS-Gelände die Chance, nicht nur das Unterdrückungssystem der DDR zu verstehen, sondern auch die gesellschaftliche Unversöhnlichkeit der Zeit da-

nach. Grundsätzlich gilt, dass die Geschichte der DDR, ihrer Unterdrückungsapparate und ihres Untergangs aus den verschiedensten Perspektiven heraus erzählt werden kann. Diese Geschichte ist überdies verbunden mit individueller Erinnerung und Betroffenheit. Keine dieser Perspektiven ist von vornherein legitimer als andere. Vieles ist seit 1989 passiert, das Einfluss auf die Wahrnehmung der DDR und ihres Endes nimmt. Das Ende der DDR liegt nun schon mehr als 35 Jahre zurück. Eine ganze Generation von Menschen ist seither aufgewachsen, die keine oder nur eine sehr beschränkte eigene Erinnerung an die deutsche Teilung hat. Auch viele Westdeutsche leben heute in Neubrandenburg. Wir stehen nicht nur dort vor der Übergabe eines historischen Erbes an eine neue Generation, die nur noch ein historisch vermitteltes Wissen über die DDR besitzt. Was dieses Erbe für sie individuell und kollektiv bedeutet, werden sie sich selbst erarbeiten müssen.

Was immer zur Erinnerung an die Staatssicherheit am Lindenberg beschlossen werden wird, muss auch von Menschen verstanden werden, die keine eigene Erfahrung mit dem Unrechtsstaat der SED haben. Darüber hinaus sollte es von einer klaren Mehrheit in der Stadt mitgetragen werden. Gerade in Neubrandenburg bedeutet das, auch diejenigen zur aktiven Auseinandersetzung mit dem Unrecht einzuladen, die in der DDR die Augen schließen wollten vor dem, was Gegnern des angeblich real existierenden Sozialismus widerfuhr. Man kann diese Menschen nicht zum Hinsehen zwingen. Man sollte sie aber offen einladen zum Wahrnehmen und Sprechen. Sie können erfahren, dass auch das Versprechen, die Menschheit von der Unterdrückung zu befreien, von Mitteln, wie sie die Stasi anwandte, unweigerlich korruptiert wird.

In der Diskussion über die Zukunft der Haftanstalt am Lindenberg steht am Anfang fast immer die Frage, ob ein Erhalt des Gebäudes zwingend notwendig ist. Auch ohne finanzielle oder andere praktische Abwägungen kann man schnell zu dem Schluss kommen, dass mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR die Antwort darauf negativ ausfällt.

Bitte weiterlesen im Kasten (linke Spalte) nachfolgende Seite →

Die Verknüpfung des Selbsterlebten mit dem Unterrichtsstoff

Zeitzeugenvortrag am Theater Würzburg stößt bei Schülerschaft auf erfreulich großes Interesse

Der derzeit kommissarisch tätige VOS-Vorsitzende Felix Heinz Holtschke berichtet über seinen lebendigen Vortrag vor Schülern und Schülerinnen am Würzburger Theater. Einmal mehr ist zu erleben, dass man junge Menschen mit aktuellen Theaterstücken weitaus mehr begeistern kann als mit den Langweilern der Vergangenheit.

Mehr als 130 Schüler und Lehrer des ehrwürdigen Riemenschneider-Gymnasiums – gegründet im Jahre 1886 – warteten bereits zu dieser für einen Rentner sehr frühen Morgenstunde auf den Zeitzeugen der zweiten Deutschen Diktatur, um vielleicht etwas Authentisches und hautnah Erlebtes über die Zustände in der 1989 untergegangenen DDR zu erfahren als im übli-

chen Geschichtsunterricht. Selbst der kommissarisch tätige Intendant Georg Rootering ließ es sich nicht nehmen, in das vollbesetzte Foyer hineinzuschauen.

An diesem Tag hätte ich mich allerdings zerteilen wollen. Denn am Vortage, spätabends gegen 20.40 Uhr, wurde im Deutschen Bundestag in Berlin seitens der Abgeordneten über die materielle Situation der ehemaligen Opfer des SED-Regimes diskutiert und nach einer etwa einstündigen Debatte endlich und eigentlich wider Erwarten das *6. Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR* beschlossen.

Wie gerne hätte ich diesem Akt der Wiedergutmachung, des Respekts und der Anerkennung der Lebensleistung politisch Verfolgter in der ehemaligen DDR persönlich als betroffener Zuschauer oben auf der Tribüne beigewohnt!

Aufgrund meiner vorher zugesagten Würzburg-Verpflichtung gegenüber der Theaterpädagogin Jenny Holzer vom Mainfranken-theater in Kooperation mit Dr. Frank Hoffmann vom Institut für Deutschlandforschung der Uni Bochum konnte ich der Tribünen-Einladung unserer SED- Opferbeauftragten Evelyn Zupke leider nicht Folge leisten. Wie sollte ich auch Donnerstagabend um 22 Uhr auch noch nach Würzburg kommen, um Freitag früh (siehe oben) frisch und munter den Schülern über meine 35 DDR-Jahre zu berichten?

Also verfolgte ich das Geschehen im Bundesparlament zwangsläufig, aber ganz gemütlich, aus dem ehrwürdigen Würzburger Bürgerspital bei einem Gläschen guten Silvaner auf meinem „privaten Bildschirm“ auf dem Iphon.

Wenn auch nur aus der Ferne, war es dennoch eine Genugtuung mitzuerleben, nach jahrzehntelangem Kampf um moralische und materielle Anerkennung endlich eine annehmbare Ziellinie überquert zu wissen in unserem bisherigen ungleichen Wettstreit mit den sich in die Demokratie herübergeretteten ehemaligen Systemträgern

des DDR-Regimes. Von dieser großartigen Stimmung beseelt, trat ich am nächsten Morgen vor die ungewöhnlich große und interessierte Schülerzahl, um ihnen meine Genese vom sozialistisch geprägten DDR-Schüler zum Staatsfeind des SED-Regimes in Wort und Bild zu präsentieren.

Anhand der vielen interessierten und klugen Fragestellungen seitens der jungen Zuhörerinnen und Zuhörer im Anschluss kann ich davon ausgehen, dass mein Vortrag, der Ergänzung des Geschichtsunterrichts als auch der Demokratieerziehung dienend, seine starke positive Wirkung nicht verfehlt hat.

Ein lang anhaltender Beifall am Ende der Zeitzeugen-Veranstaltung war der dankbar angenommene Lohn für den Vortragenden. Er bedeutet für uns Zeitzeugen: Weitermachen!

Während für mich der Weg zum Würzburger Hauptbahnhof folgte, begann für die Gymnasiasten Teil 2 des außergewöhnlichen Freitag-Geschichtsunterrichts, nämlich die spannende und authentische Aufführung des Theaterstücks *Das schweigende Klassenzimmer* auf der hauseigenen Probebühne.

Mit dem Erleben dieses Theaterstücks nach dem Buch von Dietrich Garstka dürfte dem letzten Schüler an diesem Tage der Unterschied zwischen stalinistischer Diktatur und gelebter Demokratie in einem freien Deutschland klar geworden sein.

*Felix Heinz Holtschke
Zeitzeuge und kommissarischer
Bundesvorsitzender der VOS*

Anm.: Über das Theaterstück sowie über dessen Ursprung wurde in den Ausgaben der Freiheitsglocke im vorigen Jahr mehrfach berichtet, es wurden zudem Stimmen von Lehrkräften abgedruckt. Bereits im vorigen Jahr waren mehrere ehemalige politische Häftlinge an die Würzburger Schulen eingeladen, um – wie Kamerad Holtschke – jungen Menschen ihre Erfahrungen aus der Diktatur nahezubringen.

Über die Einführung einer Ehrenpension wurde in den Ausgaben der Freiheitsglocke ebenfalls in großer Ausführlichkeit berichtet.

Neubrandenburg. Von S. 15

Denn je länger die individuelle Erinnerung an die DDR zurückliegt, und je weniger Menschen eine eigene Erinnerung daran haben, umso kleiner wird auch die Zahl derjenigen werden, die mit dem Gebäude persönliche Wahrnehmung verbinden können. Die Haftanstalt für sich bildet für eine stetig wachsende Zahl von Menschen in Neubrandenburg keinen Erinnerungsort mehr. Auch ein Gebäude, in dem Schreckliches passiert ist, benötigt ausführliche Erklärungen der DDR, des MfS und der Mechanismen der Haft.

Wer die Erinnerung an die dunklen Seiten der DDR erhalten möchte, sollte sich darauf konzentrieren einen Ort zu schaffen, an dem Menschen erinnern, lernen und reden können. Einen Ort für politische Bildungsarbeit, in dem über die Opfer staatlicher Repressionen und Gewalt in der DDR gesprochen werden kann. Das ist eine Art offener Erinnerungskultur, wie sie angemessen ist für eine Demokratie. Dazu gehört auch der Austausch darüber, wie unsere Demokratie funktionieren sollte, um widerstandsfähig gegenüber populistischen und autokratischen Herausforderungen zu bleiben.

Dr. Andreas Helle, Berlin

Verträge, die nun keinen Wert mehr haben

Nach dem Überfall durch Putins Russland ist die Ukraine zum Spielball der Großmächte geworden. Europa in Not

Mit dem Zerfall der Sowjetunion löste sich neben weiteren 14 ehemaligen Sowjetrepubliken auch die Ukraine aus diesem fast 70jährigen sowjetischen Zwangsbündnis. Am 1. Dezember 1991 stimmten in einem Referendum 90 Prozent der Ukrainer (95 Prozent im Westen und sogar mehr als 80 Prozent im Osten) sowie 55 Prozent der ethnischen Russen in einem Referendum für die Unabhängigkeit ihres Landes. Drei Jahre später wurde am 5. Dezember 1994 in Budapest der Ukraine vertraglich die Wahrung ihrer Souveränität, ihrer Unabhängigkeit und territorialen Integrität von den Unterzeichnerstaaten Großbritannien, USA und Russland garantiert („Budapester Memorandum“). Im Gegenzug hatte sich die Ukraine zur Abgabe aller auf ihrem Staatsgebiet befindlichen Atomwaffen aus Sowjetzeiten an Russland verpflichtet. Einen Sanktionsmechanismus gab es leider nicht; ein großer Fehler wie sich heute zeigt.

Der erste Vertragspartner, den das alles nicht mehr interessiert, ist Putins Russland. Putin will ein großrussisches Reich, er begann 2014 nach sowjet-imperialistischer Art den Vertragsbruch mit der militärischen Aggression gegen die Ukraine.

Zunächst wurde die Krim völkerrechtswidrig besetzt, annektiert und mit der Beanspruchung der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk fortgesetzt.

Seit dem 24. Februar 2022 wehrt sich die Ukraine mit letzter Kraft gegen die Invasion der russischen Truppen auf ihrem Staatsgebiet. Man, insbesondere Putin, meinte, dass die Ukraine in drei Tagen überrollt und komplett erobert sein würde. Inzwischen sind mehr als drei Jahre vergangen – Putin hat sein Vorhaben trotz menschenverachtender Brutalität immer noch nicht geschafft.

Der zweite Vertragspartner, der das Spiel mitmacht und den das alles nicht mehr interessiert, sind die USA mit Donald Trump und des-

sen Vize Vance. Ihnen sind die geschäftlichen Beziehungen mit dem verbrecherischen Diktator Putin wichtiger, als auf der richtigen Seite der Geschichte und seinen Werten zu stehen. Wie Mafia-Bosse wollen sie nach außen ihre imperialen Gelüste rücksichtslos und ohne Moral und Anstand durchsetzen. Geschäfte machen zählt, egal wie und mit wem, Hauptsache die Profite stimmen.

Wenn sich die Ukraine einem Diktatfrieden nicht beugt, wird man sie nun halt an Putin verschenken. Und dieser wird dem Dealmaker Trump aus Dankbarkeit selbstverständlich gern und billig Ressourcen liefern, und zwar aus dem ukrainischen Boden.

Besonders tragisch in Deutschland ist auch noch die verlogene Haltung des BSW gemeinsam mit der AfD. Sie wollen Frieden und behaupten zugleich, dass die anderen politischen Kräfte den Krieg wollen, weil sie dem angegriffenen Land im Kampf gegen den Aggressor Russland helfen und die Ukraine den Russen nicht zum Fraß vorwerfen.

Sarah Wagenknecht ist eine durch und durch befremdliche und rücksichtslose Stalinistin. Sie liebt die Diktatur. Sie wurde noch in den letzten Tagen der SED-Diktatur in der DDR Mitglied der SED und nach dem Ende der SED-Herrschaft Leitungsmitglied der Kommunistischen Plattform der umbenannten PDS.

Man kann nur hoffen, dass sich EUROPA mit seinen ca. 450 Mio EU-Einwohnern endlich seiner wirtschaftlichen Kraft besinnt, dass es „erwachsen“ wird und nicht mehr wie ein Zwerg und als Bittsteller gegenüber den Großmächten USA (ca. 340 Mio Einwohner), Russland (ca. 150 Mio Einwohner) und China (ca. 1,4 Mrd. Einwohner) auftritt.

Europa muss endlich für seine eigene Sicherheit selbst sorgen (können) und der Ukraine alles das liefern, was diese braucht.

Christian T. Reitmaier

Ort der Erinnerung

Das jährliche Gedenken an Michael Gartenschläger

In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976 wurde Michael Gartenschläger (32 Jahre alt) bei dem Versuch, einen Todesautomaten (Selbstschussanlage M 70) abzubauen und in die Bundesrepublik zu schaffen, an der damaligen innerdeutschen Grenze im Bereich des Grenzpfahls 231 bei Bröthen erschossen. Ein Sonderkommando der Stasi hatte dem ehemaligen politischen Häftling Gartenschläger aufgelauert und ihn mit neun Schüssen aus den Maschinenpistolen ermordet.



Wir, der Freundeskreis Michael Gartenschläger von der VOS Landesgruppe Hamburg, haben in direkter Nähe vom Grenzpfahl 231, dem heutigen Gartenschläger-Eck, eine Gedenkstätte (Foto) errichtet.

Das diesjährige Gedenken zum 49. Todestag von Michael Gartenschläger findet am

1. Mai 2025 um 12:00 Uhr

an der Gedenkstätte statt.

Wir treffen uns um 11.00 Uhr in Büchen auf dem Penny Parkplatz (schräg gegenüber vom Büchener Bahnhof). Teilnehmende, die mit der Bahn anreisen, werden von den einzelnen PKW, die bis 11:30 Uhr warten, zur Gedenkstätte mitgenommen. Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Besucher, wir hoffen, ihr habt eine gute Anreise und danken euch im Voraus für eure Teilnahme. Michael Gartenschläger hat unsere Aufmerksamkeit verdient.

Wolfgang Wiese, Hartmut Chiba
Nachfragen unter: 0151 16923473

Widerstand und die erbarmungslose Absage an das SED-System

Vor 60 Jahren erschien „Satisfaction“ von den Rolling Stones. Es war die Hymne der Jugend

Immer noch geistern die Strophen jenes Songs durch meine Gedanken, immer noch ertappe ich mich, dass ich die Melodie summe oder leise (manchmal auch richtig laut) singe. Und immer noch ist da die Erinnerung an den Schuldirektor, der morgens im Foyer der EOS stand und mit dem Finger auf die Schüler zeigte, die seiner Meinung nach zu lange Haare trugen. „Nach der Schule gehst du zum Friseur.

Morgen dann melden. Wenn nicht, hat das Konsequenzen. Du weißt schon.“ Die Ansage und die dahinter stehende Drohung war so klar, dass sich kaum einer der Angesprochenen dem Gang zum Haarschneider zu widersetzen wagte.

Ich, damals knapp 16 Jahre, ich gehörte zu denen, die – auch bildlich gesprochen – „ungeschoren“ davon kamen. Nicht weil ich freiwillig kurze Haare trug, sondern weil ich meine Abreibung in jener Zeit vorher schon zu Hause bekommen hatte. Es waren die üblichen Sprüche, die mein Vater losließ: „Willst du dir wegen der blöden Beatles-Frisur deine Zukunft versauen? Lange Haare, Beatmusik. Da fragt dich in zehn Jahren keiner danach, wie du ausgesehen hast. Aber heute. Oder willst du auf dem Bau arbeiten?“ Nein, nicht auf den Bau, und die Zukunft wollte ich mir sowieso nicht „versauen“. Es hieß zudem alleweil bei uns: „Solange du deine Füße unter meinen Tisch ...“ Wir kennen das, Generationen vor mir haben diesen abgenutzten Ausspruch zu hören bekommen.

Ich hatte ein Zimmer gemeinsam mit meinem Bruder, der jedoch in jener Zeit bei der Armee war. Somit gehörte mir die Bude überwiegend allein. Ich konnte mit meinem Transistorempfänger, einem teuren Stück namens Philips Dorette, das mir die Oma aus dem Westen geschickt hatte, leise Musik hören. Schlager der

Woche, Hey Musik, Eine kleine Beatmusik auf BBC, nachmittags Radio Freies Europa auf Kurzwelle. Ansonsten war alles, was ich zu Hause tat, transparent und durch ständig aktualisierte Vorschriften geprägt. Etwa mit dem Hinweis: „Wehe, du fängst zu qualmen an! Und untersteh dich, hier Zigaretten zu verstecken.“

I can't get no

Mein bester Freund sagte in jenem Mai 1965 vor der Mathe-Arbeit: „Von den Stones soll's 'nen neuen Song geben.“

Ja, klar, ich fing damals an zu rauchen. Es war üblich, ich fühlte mich stark und bildete mir ein, bei den Mädchen Anerkennung zu finden. Ich wusste dennoch, dass Rauchen schädlich ist, ich sagte mir: „Du wirst demnächst wieder mit der Qualmerei aufhören.“ Das demnächst betrug zehn Jahre. Im Übrigen: Wir wohnten am Rande eines Waldes. Ich riss, bevor ich morgens nach Potsdam zur Schule fuhr, Kiefernadeln von den Bäumen und steckte sie ein. Auf dem Rückweg von der Schule kaute ich dann mehrere Minuten darauf herum, es neutralisierte den Atem, den Juwel, F 6 oder Jubilar zuvor geprägt hatten. Selbst der Alkoholdunst, den ein halbes Bier im Schmalen Handtuch oder in der Gaststätte im oberen Geschoss des Potsdamer Kaufhauses hinterlassen hatte, war nicht zu riechen.

So war das bei mir, und so war das bei all denen, die in jenem Frühjahr und Sommer des Jahres 1965 für den einmaligen Hit von den Rolling Stones nicht nur schwärmten, sondern die ihn sich zur Hymne und zur Einstellung gegen unseren starrköpfigen sozialistischen Staat und gegen diese fürchterliche ältere Generation von kleinen und großen Diktatoren wie auch gegen die allgewaltigen Hilfssheriffs und Maulhel-

den mit den ovalen Persilabzeichen („Eine Hand wäscht die andere“) an den Revers der so völlig unmodischen Jacketts ihre staatliche Macht gegen uns ausübten, gemacht hatten.

„I can't get no satisfaction.“ Es war nicht das Motto, das sich um sexuelle Befriedigung drehte, das aus dieser Anfangszeile sprach,

mag es selbst heute so missverstanden lüstern ausgelegt werden. Es war schlicht die Absage an diese Gesellschaft, die

uns mit Bevormundungen, Beserwisserei und den schlimmen Erfahrungen einer schlimmen Diktatur alles verbot, was diese Leute nicht verstanden. Die Botschaft war, dass wir es satt hatten. So wie Mick Jagger keine Zigaretten-oder Waschmittelreklame ertrug, so hatten wir das Gerede der Erz-Stalinisten satt. Wir wollten unsere Freiheit, unsere Musik und die langen Haare. Der Sowjet hatte den Ostteil Deutschlands von der alten Diktatur befreit, und nun stülpten uns die pseudoverdienstvollen Altkommunisten eine neue über, sie erklärten uns unmissverständlich, wir hätten ihnen dankbar zu sein, weil sie es in der Jugend nicht so gut hatten wie wir heute und weil sie das Land – in erster Linie für uns Jugendliche – vom Faschismus befreit hätten. Wir durften nicht fragen, warum sie den Faschismus überhaupt erst zugelassen hatten, schon gar nicht durften wir über unsere eigenen Vorstellungen vom jetzigen und vom späteren Leben reden. Es sei denn, man brachte sein Leben mit den ideologischen Zielen und Zwängen des SED-Staates in Übereinstimmung.

Wir Jugendliche mit unseren eigenen Ansichten, Wünschen und Hoffnungen versteckten uns vor dem Staat, wir waren die Community der Unterdrückten, die sich über die Beat-Musik und die Gespräche über die Radio-sendungen des Klassenfeindes blind verständigte. →

Mein bester Freund sagte im Sommer 1965 vor der Mathe-Arbeit: „Von den Stones soll's 'nen neuen Song geben. Besser als alle früheren. Er läuft erst nur in Amerika. Meine Schwester, die in der Elften ist, sagt das.“

Ich hatte nachher keine Konzentration auf Logarithmen, die Mathe-Arbeit ging in die Binsen, aber Tage später hörte ich das Stück. „Satisfaction.“ Es lief bei meiner Philips Dorette (Foto) auf Mittelwelle, der Ton war schnarrend, der Sender schwankte, ich verstand den Text nicht. Schon am nächsten Tag war es Cliques-Thema. Alle hatten es gehört, alle hörten es immer wieder, zugleich wurde es zunehmend von der Propaganda und der Pädagogik des SED-Staates verrissen und mit den übelsten Prädikaten bedacht. Es war und blieb ein No Go in der DDR, wie auch niemals ein Stück von den Stones im Ost-Rundfunk lief.

Das ist nun 60 Jahre her, es ist beinahe die Zeit eines Menschen. „I can't get no satisfaction“ wird heute selten gespielt. In politischer und gesellschaftlicher Hinsicht hat das Stück seine Rolle erfüllt. Musikalisch wird es unter fernerliefern geführt. Es gibt zahllose Cover-Versionen. Bei den heute 75 oder 80 Jährigen trägt es der noch ältere Akkordeonspieler als nostalgische Mini-Sensation zum runden Geburtstag vor. Die Gefeierten, so sie sich an die Rolling Stones, die es peinlicherweise trotz des gerade erst verstorbenen Schlagzeugers Charlie Watts immer noch mit Bühnenauftritten geben soll, überhaupt noch erinnern, lächeln versonnen und erinnern sich an das erste Moped oder die Freundin im Minirock. Und eben auch an die Auseinandersetzung



Zugleich bekam das Feindbild, das die SED vom Westen zeichnete, ein gut erkennbares Gesicht. Es nahm eine konkrete Gestalt an, als im September 1965 nach einem Auftritt der Rolling Stones in der bis dahin penibel gepflegten West-Berliner Waldbühne Jugendliche aus dem Publikum die Sitze, die Kulissen, die Bühnen-Deko, das restliche Inventar und auf dem Heimweg die

wegen der langen Haare, der Bluejeans und der dünnen Silastik-Rollkragenpullover. Es ist im Vergleich nicht anders, als würde jemand aus einer anderen Altersstufe den „Badewannentango“ von Peter Alexander oder „Mit Siebzehn fängt das Leben erst an“ von Ivo Robic zum 99. Geburtstag hören wollen.

Nein, ganz so schlimm und dement sind wir nicht. „I can't get no satisfaction“ ist in gewisser Weise ein Heiligtum geblieben. Es hat die 1960er Jahre entscheidend geschärft. Es hat den Widerstand der Jugend befördert, es gab weitere Beat-Gruppen, die später im Westen die Studenten zu Massen-Demos auf die Straße brachten, aber der Protest war nicht der gleiche, den es in der DDR mit „Satisfaction“ hatte. Hinter „Satisfaction“ stand die klare Absage an das System der SED, dahinter formierte sich der erklärte Widerstand. Der Song „Satisfaction“ hat jene Kluft zwischen den Generationen ausschlaggebend vertieft. Es war in allem der Ruf nach Freiheit, der sich mit diesem Stück verband.

Wagen der S-Bahn, die der Reichsbahn der DDR gehörten, kurz und klein schlugen. Wir sahen die Bilder in der Abendschau des Senders SFB, wir erschrakten, das Video steht auch heute bei you tube. Was da geschehen war, erschreckte uns nicht nur, es hatte zugleich eine unbezwingbare Faszination. Wir begriffen: Widerstand war möglich, das war die Botschaft, egal wenn der Widerstand als Vandalismus bezeichnet wurde. Der Gedanke, etwas tun zu können, um frei zu sein, um sich gegen die staatlichen Verbote aufzulehnen, der Gedanke an Flucht wurde durch den Song der Rolling Stones kolossal befeuert. Es gehört zu meinen Erinnerungen des Bedauerns, dass ich damals nicht dabei sein konnte, bei keinem der Konzerte, 1965 bis 1967. Ich bin nicht der einzige Überlebende, der so denkt, der es so erlebt hat.

ARK, Foto: Radio Dorette

Nachfolgend ein Auszug aus dem soeben erschienenen Buch „Sommer 67 – Gesichter der DDR“ (Band 1):

Nah zur Haltestelle war eine Kneipe. Die Tür stand geöffnet. Die Stimmen und der Bierdunst flossen ihm verlockend ins Gehör und in die Nase. Kurzerhand trat er ein. Er stand stumm neben zwei Mittvierzigjährigen an der Theke, er trank schweigend drei Gläser Bier. Er hörte, wie die beiden schimpften, weil an der Straßenbahnhaltestelle die Wände des ohnehin baufälligen Wartehäuschens ordinär beschmiert und beschädigt worden waren. „Diese Halbstarcken, das wird von Tag zu Tag schlimmer mit denen“, bellte einer der beiden. „Die randalieren rum und schmieren Scheiße an die Wände. Alles, was wir aufbauen, hauen die kaputt. Einsperren müsste man das Volk, die Haare abschneiden und für morgens um fünf Frühsport in Turnhose und Unterhemd anordnen, mitten im Winter, bis denen das Wasser im Arsch kocht. Und dann können die mal arbeiten lernen. So wie's unsereiner hat lernen müssen.“

Einen würdigen Rahmen gestalten

Posthume Ehrenmitgliedschaft ist denkbar

Von den Kindern des an der DDR-Grenze erschossenen Fred Voitke bekam ich vor einigen Tagen weitere Unterlagen, die zu den Vorgängen zu seinem Tod beitragen können. Ich habe diese an die Gedenkstätte Marienborn als Leihgabe der VOS zur Verfügung gestellt und hoffe, dass sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Wir möchten uns am Tag der Eröffnung der Ausstellung zuerst mit den Kindern des Opfers, mit der Bundesbeauftragten für die SED-Opfer Frau Zupke und weiteren wichtigen Teilnehmern am Ort der Ermordung (Gedenkstätte Marienborn) treffen. Herr Dr. Ludwig wird in einem Vortrag darlegen, wie es damals zur Ermordung des Flüchtlenden gekommen ist. Voraussichtlich werden auch Politiker und weitere Vertreter der Stadt Helmstedt nach Marienborn kommen, um diesem Gedenkkakt beizuwohnen.



Da wir in der neuen Satzung des Verbandes den Passus über die Verleihung einer posthum gewährten Ehrenmitgliedschaft für besonders verdienstvolle Mitglieder der VOS eingearbeitet haben, sollten wir Fred Voitke diese Ehrung in dem genannten Rahmen zukommen lassen. Ich bin darüber hinaus der Meinung, dass andere inzwischen ebenfalls verstorbene Kameradinnen und Kameraden – Michael Gartenschläger, der vor 49 Jahren erschossen wurde, steht für mich auf dieser Liste weit oben – diese Auszeichnung verdient hätten und wir für entsprechende Vorschläge offen sein sollten.

Im Anschluss an diesen Teil der Veranstaltung setzen wir die Feierlichkeiten in Helmstedt fort. Für den genaueren Ablaufplan stimmen sich die VOS und die Stadt Helmstedt noch ab. Bitte zur Information auch die Web-Site der VOS nutzen.

Michael Teupel

Foto: Links ein Jugendfoto von Fred Voitke, daneben ist die inzwischen leider verstorbene Witwe, damals etwas älter als 20 Jahre am gerade aufgeschütteten Grab des Erschossenen zu sehen.

„Die Freiheitsglocke ist nicht einfach nur eine Zeitschrift“

Ein Wort zu fast 30 Jahren Redaktionsarbeit

In einer Zeit, in der vielfach die Bedeutung von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit in den Hintergrund zu geraten scheint, möchte ich innehalten und einer ganz besonderen Person unseren Dank aussprechen. Seit bald 30 Jahren ist unser Chefredakteur Alexander Richter-Kariger unermüdlich für die Vereinigung der Opfer des Stalinismus aktiv und hat durch seine Arbeit an unserer Vereinszeitschrift Freiheitsglocke einen unschätzbaren Beitrag geleistet. Mit seinem Engagement hat er nicht nur die Stimme derer gestärkt, die unter totalitärer Herrschaft litten, sondern auch das Bewusstsein für die dunklen Kapitel unserer Geschichte geschärft. Seine Verantwortung als Chefredakteur geht weit über das bloße Verfassen von Artikeln hinaus. Die Freiheitsglocke ist nicht einfach eine Zeitschrift; sie ist ein Medium, das Erinnerungen wachhält, Geschichten erzählt und den Opfern des Stalinismus, der SED(-Die-Linke)-Diktatur ein Gesicht gibt. Unter seiner Leitung hat sich die Publikation zu einer bedeutenden Plattform entwickelt, die Informationen, Analysen und persönliche Berichte vereint. Der Chefredakteur hat es verstanden, verschiedene Perspektiven zu integrieren und sicherzustellen, dass jede Stimme Gehör findet. Besonders hervorzuheben ist sein unermüdlicher Einsatz, journalistische Integrität und Qualität zu wahren. Er hat stets darauf geachtet, dass die Berichterstattung fundiert und objektiv bleibt. In Zeiten, in denen die Grenzen zwischen Fakt und Fiktion oft verschwimmen, stellt er sicher, dass die Freiheitsglocke eine verlässliche Quelle von Informationen ist. Seine akribische Recherche und sein feines Gespür für relevante Themen haben die Zeitschrift zu einem respektierten Organ innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft gemacht. Darüber hinaus verdient sein Stil der Führung Anerkennung. Er hat ein Umfeld geschaffen, in dem Kreativität und kritisches Denken gefördert werden. 30 Jahre sind eine lange Zeit, und diese Hingabe an eine so wichtige Aufgabe ist in der heutigen Gesellschaft alles andere als selbstverständlich. Diese Loyalität ist ein Zeichen für seinen tiefen Glauben an die Werte, für die wir stehen: Freiheit, Gerechtigkeit und der Respekt vor der Menschenwürde.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. und alle, die in der Vergangenheit oder Gegenwart Teil dieser Gemeinschaft sind bzw. waren, sind ihm zu großem Dank verpflichtet. Wir hoffen, dass er noch lange dazu beitragen kann, unsere Mission fortzusetzen und die Bedeutung der Freiheitsglocke zu bewahren. Lieber Alexander – herzlichen Dank für 30 Jahre unermüdlicher Hingabe!

André Rohloff, Stellv. Landesvorsitz. Mecklenburg-Vorpommern Vereinig. d. Opfer des Stalinismus

Der Redakteur dankt herzlich für das bewegende Lob. Es ist Verpflichtung und Ansporn zugleich.

Wenn einen der eigene Mut, die Kraft und die Parteien verlassen

2020. Kemmerich, Thomas. *Die Undurchsichtigkeit und die Tragik der deutschen Demokratie*

Mit seinem Namen wissen im gesamten Deutschland inzwischen nicht mehr alle etwas anzufangen. Dabei ist es – es geschah am 5. Februar 2020 – erst fünf Jahre her, dass der thüringische Kleinunternehmer Thomas Kemmerich jenen überraschenden Husarenstreich gelandet hatte, durch den er völlig unerwartet Thüringens Ministerpräsident wurde. Nicht nur er, sondern auch seine FDP-Fraktion wie auch die Mitglieder der AfD- und der CDU-Fraktionen. Es war ein Paukenschlag, der bis in das ferne Südafrika hallte, wo sich die damalige Kanzlerin Angela Merkel zu einem Staatsbesuch aufhielt.

Abgewählt, angezählt

Fünf Jahre sind heuer eine Zeit, in der die Ereignisse nur so vorbeirauschen. Man sagt: Früher dauerte die Gegenwart länger, manchmal Jahre, heute währt sie mitunter kaum einen Tag. Kemmerich wurde zum Rückzug gezwungen, die Freiheitsglocke hat damals wie kaum ein anderes Blatt die Zusammenhänge analysiert und die Frage nach dem Sinn und der Wahrfähigkeit einer Demokratie gestellt. Gewählt ist gewählt – der Wähler entscheidet. Wirklich? Die Freiheitsglocke war nahezu das einzige Medium, das gefragt hat: Hätte sich Kemmerich nicht gegen die Arrivierten behaupten, hätte er nicht gegenhalten können, auch gegen die eigene Partei, auch gegen die Dame mit der Raute?

Im Nachhinein kann nun niemand mehr entwirren, ob es gut oder schlecht gewesen wäre, wenn Kemmerich Standhaftigkeit bewahrt und an seiner Wahl und somit am Posten des Ministerpräsidenten festgehalten hätte. Fakt ist, wir alle hätten erfahren können, ob sich derartige Konstellationen halten und sich unser zunehmend geschwächtes demokratisches System nicht eher daran aufgerichtet hätte, als dass es in panischem Geschrei davor zurückschrecken musste.

Am 6. März 2020 kam es zur Abwahl von Kemmerich. Thüringens vormaliger Ministerpräsident kehrte gemäß den vor der Wahl mit den anderen Fraktionen getroffenen Absprachen in sein Amt zu-

rück. Die Demokratie hatte gesiegt. Oder nicht? Was ist mit Thomas Kemmerich geworden? Eine ansehnliche politische Karriere hat er nicht mehr zustande gebracht. Es hat sie auch vor jenem Februar 2020 nicht gegeben. Fehlt(e) ihm das Format, hat er nicht genügend Härte bewiesen? Alles hat sich für ihn ins Gegenteil gekehrt. Im Internet kann man nachlesen, wie schwierig sein Stand wurde. Nicht nur er brauchte Personenschutz, sondern auch seine Familie, selbst die Kinder. Einmal mehr ist festzustellen, dass Gewaltandrohung und deren Ausübung, noch dazu, wenn sie bis ins Private übergreifen, die jämmerlichsten Mittel sind, um eine Gesellschaft zusammenzuhalten. Thomas Kemmerich hat damals vermutlich begriffen, dass Regieren kein einfaches Geschäft ist, vor allem wenn sich vermeintliche Freunde von einem abkehren.

Fehlte Kemmerich die Nüchternheit des Olaf Scholz, der entgegen jeder realen Aussicht meinte, noch einmal Kanzler werden zu können, oder muss man so unbarmherzig wie Alice Weidel und Alexander Gauland sein und den anderen Politikern und damit deren Wählern androhen: „Wir werden sie jagen!“ (Es ist nicht lange her, als sich die Stasi derart betätigt hat. Mielke selbst hat als verurteilter Mörder ein lehrreiches Beispiel gegeben.)

Auch der Wahlkampf in 2025 hat bewiesen, was in unserer Gesellschaft angesagt ist: „Nazis töten“ – das war auf Plakaten, die an Laternenpfählen hingen, zu lesen. Man muss fragen: Wer sind Nazis? Kein Mensch wird als Nazi geboren, auch nicht als Kommunist. Es sind andere Menschen und es ist die jeweilige Gesellschaft, die aus Menschen Nazis macht. Die Todesstrafe ist abgeschafft, das Töten von Menschen ist strafbar. Wollte man die als solche bezeichneten Nazis trotzdem neben die Wahlplakate hängen? Sollte man nicht erst miteinander reden, bevor man anderen die Köpfe einschlägt?

In diesem Februar 2025 wurde Thomas Kemmerich, der auf sehr ungewöhnliche Weise in die Geschichte einging, 60 Jahre. Die VOS gratuliert ihm nachträglich. Es

ist dies freilich eher ein Glückwunsch aus Höflichkeit. Kemmerich hatte nach seiner Abwahl zugesagt, jene 93.000 Euro Einkommen aus der kürzesten aller Ministerpräsidentenzeiten an den Opferverband VOS zu spenden, man kann auch dies im Internet nachlesen. Es war dem Anschein nach eine noble Geste, die in der Öffentlichkeit Eindruck hätte machen können. Und es war gerade in einer Zeit, in der die Existenz der VOS wegen einer schwerlastigen Zahlungsnachforderung beinahe hätte aufgelöst werden müssen. Getan hat es Kemmerich nicht. Leider.

Die verbalen Entgleisungen in der Politik machen angst

Die VOS musste sich, wie sooft, selbst retten. Zu all dem Geschehen ist hier die Rolle der damaligen Kanzlerin unerwähnt geblieben. Von Südafrika aus sprach Angela Merkel von einem Vorfall, der „unverzeihlich“ sei, sie forderte, das Ergebnis zu canceln. Der Druck, der entstand, hat das Seine besorgt, so dass alsbald Neuwahlen stattfanden. Bodo Ramelow kehrte planmäßig, obzwar verspätet, in sein Amt zurück. Und auch das ist nicht das Ende jenes heikel gewordenen Vorgangs. Die AfD klagte vor dem Bundesverfassungsgericht. Es ging nicht gegen die Wahl, sondern gegen die Merkel'sche Einmischung. Tatsächlich bekam die Klägerin Recht, wiewohl sich am Ausgang der Wahl nichts änderte. Es hieß: „Bundeskanzlerin Merkel hat mit der getätigten Äußerung in amtlicher Funktion die Antragstellerin (AfD) negativ qualifiziert und damit in einseitiger Weise auf den Wettbewerb der politischen Parteien eingewirkt.“ Der komplette Wortlaut hierzu ist im Internet zu lesen, auch das Abstimmungsergebnis der Richterinnen ist aufgeführt. Es ist mit 5 zu 3 nicht einstimmig und hätte öffentlich ausdiskutiert werden müssen. Der Fall war nun abgeschlossen, offene Fragen sind geblieben, Kommentare angesichts der gerade in Thüringen entstandenen, neuerlich absurden Situation überflüssig. Deutschland hat andere Sorgen und Aufgaben. *B. Thonn*

Es hat unzählige Fragen ausgelöst

Wie junge Menschen über die SED-Diktatur denken und einen Bezug zur Gegenwart herstellen

Bereits im Januar hielt Marie Luise Knopp einen Zeitzeugen-Vortrag am Heinrich-Heine-Gymnasium in Mettmann (NRW). Welch großen Anklang sie dabei fand, kann man aus dem nachfolgenden Brief eines der dortigen Schüler erfahren.

Bei Ihrer gestrigen Erzählung über Ihr Leben als Mutter und Lehrerin in der DDR spürte ich, wie sich mir die Nackenhaare aufstellten. Ihre bewegenden Worte lösten unzählige Fragen in mir aus, die mich auch während Ihrer gesamten Schilderung nicht mehr loslassen wollten.

Wie hält man so etwas durch? Wie kann ein Mensch das verarbeiten, unrechtmäßig von seinem eigenen Staat weggesperrt und schikaniert zu werden, nur aufgrund eines für uns so selbstverständlichen Wunsches wie dem, in Freiheit leben zu wollen?

Sie schildern eindrucksvoll, wie entsetzlich sich eine solche Situation anfühlt, und trotzdem bleibt sie uns fremd. Doch das ist es nicht. Die Welt und unsere Freiheit, in der wir leben, sind keinesfalls selbstverständlich. Sie haben selbst erlebt, wie schnell die eigene Freiheit verloren gehen kann, eine Erfahrung, die ich hoffe, nie durchmachen zu müssen. Und obwohl Ihre Erzählungen auch trauriger und noch erschütternder wurden, so hatte ich nie das Gefühl, dass Sie die Hoffnung verloren haben – bewundernswert.

Aus Ihrer Erzählung nehme ich für mich zwei Punkte mit.

Erstens:
Wir sind nie ganz allein. Selbst in scheinbar aussichtslosen Situationen gibt es Menschen, die an unserer Seite stehen.

Zweitens:
Die Welt, in der ich und meine Klassenkameraden

leben, ist nicht selbstverständlich. Auch wir, als die Jüngsten in unserer Gesellschaft, tragen Verantwortung und müssen uns dieser stärker bewusst werden, sofern wir unsere Welt behalten wollen!

Für Ihre Zeit und Ihre bewegenden Worte möchte ich mich nochmal im Namen des Heinrich-Heine-Gymnasiums Mettmann herzlich bei Ihnen bedanken. Ich hoffe, dass Sie auch zukünftig noch mit Ihrer wertvollen Arbeit das Bewusstsein zahlreicher Schülerinnen und Schüler für unsere Freiheit und Demokratie vermögen, zu schärfen.

Fabian van Laak Schülervvertretung des HHG



Mit großer Trauer und in stiller Anteilnahme geben wir bekannt, dass unsere geschätzte Vereinskameradin

IRMA SANN

* 20. April 1928

† 23. Februar 2025

von uns gegangen ist. Noch am Heiligen Abend 2024 telefonierten wir miteinander, und Irma bedauerte es sehr, dass sie aufgrund ihres Alters und des mangelnden Gesundheitszustandes nicht mehr an unseren Veranstaltungen teilnehmen könne. Ihr Tod hinterlässt eine schmerzhaft Lücke in unserem Verband und in unseren Herzen. Sie war immer für uns da, sie war uns eine echte Stütze.

Irma Sann war nicht nur ein wertvolles Mitglied unserer Gemeinschaft, sondern auch eine unermüdete Kämpferin für die Rechte und das Gedenken der Verfolgten des Stalinismus. Ihre Lebensleistung und ihr Einsatz für Gerechtigkeit und Wahrheit werden uns stets in Erinnerung bleiben. Für uns alle war sie eine große Bereicherung und ein dauerhaftes Vorbild. Wir sind dankbar, dass es sie gegeben hat und sie unserem Verband angehörte. Das Angedenken an diese gute Kameradin wird in den Reihen und im Nachlass der VOS weiterleben.

Der Familie und allen ihren Angehörigen übermitteln wir hiermit unser Beileid und unser tiefstes Mitgefühl. Gemeinsam sind wir stolz, Irma in unseren Reihen gehabt zu haben.

*André Rohloff,
stellvertretender Landesvorsitzender
der VOS in Mecklenburg-Vorpommern*

Ein kryptischer Moritatengesang

In Köln ist jetzt der „Liedermacher“ Dieter Süverkrüp mit 90 Jahren gestorben. Das war ein drittklassiger Sänger und Verseschmied, der die Entstalinisierung verschlafen hat. Man rufe mal im INTERNET seine „Erschröckliche Moritat vom Kryptokommunisten“ auf.

Jörg Bernhard Bilke

Mit dem Schmerz gedichtet:

*ach tödlich
trag ich eine freiheit in mir
die mit mauern start
mit fesseln schnürt schwarz
bin ich und
gebändigt von vergeblichen
wahrnehmungen*

Wolfgang Hilbig
(zitiert von Siegmар Faust in den
bisherigen Lebenserinnerungen)

Siegmар Faust: Der ewige Aufersteher

Immer wieder hat er seine Stimme, aber niemals jene geballte Extremität, der er seinen Namen verdankt, erhoben. Nun hat er, trotz angeschlagener Gesundheit, noch einmal mit einem mächtigen Werk auf das eigene Leben und das vieler anderer zurückgeblickt. Dafür großen Dank. Rezension ist geplant. *Tom Haltern*

VOS: Neuanfang nach dem Ende

Die Nachrichten der letzten Ausgaben der Freiheitsglocke haben die Mitglieder wachgerüttelt

Die vielen, durchweg herzlichen Grußworte, die der Verband und die Freiheitsglocke zum 75jährigen Bestehen bekommen haben und die in unserer Zeitung abgedruckt sind, haben die Aktivisten im Verband noch einmal beflügelt, die VOS wieder flottzumachen und dem Flaggschiff Freiheitsglocke neuen Wind in die Segel zu pusten. Das Wort Verantwortung wurde und wird immer wieder genannt. Ebenso wird von einer neuen Generation der Sechzigjährigen (und jünger) gesprochen, die sich dem Erhalt des Verbandes verschrieben haben. Mit einer den Realitäten angepassten Satzung soll die Kommunikation unter den noch existierenden regionalen Gruppen vereinfacht werden. Ein wichtiges, vielleicht das wichtigste Instrument innerhalb der Community bleibt die Freiheitsglocke. Sie ist neben dem offenen Austausch von Informationen das Spiegelbild des Verbandsgeschehens und der politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten. Die nächsten Ziele sind indessen abgesteckt: In fünf Jahren wird die VOS 80 Jahre, die Freiheitsglocke wird im Januar 2026 75. Nächstes Ziel ist die Ausgabe 900. Unsere Zeitung ist eines der wenigen Magazine, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland gegründet wurde und sich bis heute gehalten hat. Wir hatten großartige Gründer*innen, denen wir immer noch verpflichtet sind und auf die wir stolz sein können. Wir sind auch heute engagiert, wir sind mutig, wir sind nicht immer leise gewesen, doch wir treten – erfolgreich und mit starker Stimme – für die Rechte aller politisch Verfolgten des SED-Staates ein, wir versuchen die Erfahrungen, die wir in einem inzwischen schönegeredeteten Unrechtsstaat gemacht haben, in die Gegenwart einzubringen. Es sind Wahrheiten, über die wir reden, und diese sind nicht immer erwünscht, weil sie oft unbequem sind, sie sind jedoch notwendig.

VOS und Freiheitsglocke sind von der Einstellung her demokratisch. Keiner Partei darf der Vorrang eingeräumt werden, kein Hass darf gestreut und keine Hetze verbreitet werden. Während das linke Lager ein scheinheiliges Gesicht aufgesetzt hat, halten wir an den Idealen der Demokratie fest. Wir leben noch.

Die VOS lebt noch, die Freiheitsglocke sowieso.

Ein Verfechter der demokratischen Werte

Wichtig für die VOS: Freiheitsglocke muss weiter erscheinen

Erhöhung des Mitgliedsbeitrages hätte man schon im Dezember 2024 ankündigen sollen

✉ Wenn unser Verband VOS erhalten werden soll, müssen alle Kameradinnen und Kameraden etwas mehr als bisher tun. Wichtig sind, so meine ich, das weitere Erscheinen der Freiheitsglocke und die Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden sowie eines arbeitsfähigen Bundesvorstandes. Eine Briefwahl wäre aus meiner Sicht in Ordnung, aber besser wäre eine Zusammenkunft aktiver Mitglieder (z. B. wie früher in Friedrichroda). Die Kosten für Unterkunft und Fahrt müsste dann allerdings jeder Teilnehmer selbst übernehmen. Bei einer Erhöhung der Ehrenrente auf 400 Euro muss das doch möglich sein. Friedrichroda wäre die günstigste Wahl, weil der Ort in der Mitte Deutschlands liegt. Ich halte ihn für geeigneter als Berlin.

Eine Erhöhung des Beitrages müsste meiner Meinung nach von allen Mitgliedern akzeptiert werden. Dies hätte allerdings im Dezember 2024 schon angekündigt werden sollen.

Ich selbst bin übrigens derzeit dabei, meine Haftakte zu beantragen. Die Vernehmungprotokolle der Stasi habe ich mir bereits im Jahr 1992 in Chemnitz ausdrucken lassen. Nun fehlt mir immer noch der Teil der Haftakte aus dem HAL.

Ich habe dazu ein Formular ausgefüllt, um eventuell noch vorhandene Akten aus der Zeit meiner Haft von 1965 bis 1968 zu bekommen. Wichtig: Man kann an einem der 23 Standorte des Bundesarchivs seinen Antrag einreichen. Mit knapp 82 Jahren kann ich vielleicht noch erfahren, warum ich 21 Tage Arrest und andere Bösarbeiten im HAL erleiden musste.

Mit Gruß aus Bayern Jörg Petzold

Anm. d. Bundesvorstandes: Im Dezember 2024 stand der weitere Weg der VOS noch nicht fest. Es war vor allem nicht klar, wie die neue Satzung, in der die Beitragserhöhung verankert werden musste, aussehen sollte. Bis dahin war auch nicht absehbar, dass eine höhere Opferrente / Ehrenpension beschlossen wird. Inzwischen hat der Bundesvorstand eine Erhöhung auf 60 Euro ab 2026 vorgeschlagen. Ungeachtet dessen steht es allen Mitgliedern und Profiteuren frei, den Verband mit einer freundlichen Spende zu unterstützen. *FHH*

Wir trauern um

Jochen Mahnert

Irma Sann

Günter Rein

Helga Gersten

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Bezirksgruppe Mannheim

Bezirksgruppe Rostock

Bezirksgruppe Ulm

Bezirksgruppe Würzen

Deutsche Kriegsjugend in Stalins Lagern und Gefängnissen:

**„verschleppt
verbannt
verschwunden“**

Lesung mit Grit Poppe

16. April 2025 18.00 Uhr

Leistikowstraße 1, Potsdam

Gedenk- und Begegnungsstätte

(ehemaliges KGB-Gefängnis)

Im letzten Jahr erschienenen Sachbuch „verschleppt, verbannt, verschwunden“ erzählen die Autoren Grit und Niklas Poppe die Schicksale Jugendlicher und junger Erwachsener nach, die in dem ehemaligen Gefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße, der Untersuchungsanstalt der sowjetischen Geheimpolizei, unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt waren. Es sind Leidensgeschichten und Hafterlebnisse Betroffener, die unschuldig und oft Jahre in einem der Speziallager der Sowjets und im Gulag verbringen mussten.

Nicht wenige kamen um.

Etliche junge Menschen, darunter Potsdamer Schüler, wurden – nach Artikel 58 des Strafgesetzbuches der Sowjetunion – von dem sowjetischen Militärtribunal in der Leistikowstraße zum Tode verurteilt. Am 18. April 1946 wurden drei der zum Tode verurteilten Potsdamer 16jährigen Schüler der damaligen Zweiten Städtischen Oberschule für Jungen (heute Einstein-Gymnasium) vom sowjetischen Geheimdienst erschossen. Bereits im Mai 1946 erfolgte die nächste Erschießung Potsdamer Jugendlicher im Alter von 16 bis 19 Jahren. Hermann Schlüter, 15jährig, und der ein Jahr ältere Heinz Schwollius (beide aus Potsdam) wurden nach dem Todesurteil zu mehrjähriger Lagerhaft begnadigt. Sie berichteten später von ihren Hafterlebnissen und von ihren ermordeten Freunden und wurden zu wichtigen Zeitzeugen.

Die Lesung aus dem eindrucksvollen Buch, das demnächst in der Freiheitsglocke vorgestellt wird, soll an die Schicksale erinnern. *Potsdam Info / Fg*

**Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,
Liebe Fg-Community,**

Bitte nicht vergessen: Die Freiheitsglocke wird im nächsten Januar 75 Jahre, bitte jede Möglichkeit der Reklame für unseren Verband und für unser (überlebens)wichtiges Presseorgan nutzen, bitte Exemplare der Freiheitsglocke an die Medien verteilen, um Mitglieder zu werben, bitte Vorschläge für Feierlichkeiten im Oktober (35. Jahrestag der Deutschen Einheit) und für nächstes Jahr an verschiedenen Orten und verbunden mit dem Hinweis auf unseren Verband einreichen. Übrigens: Die Freiheitsglocke kann (vorerst noch) kostenlos auf der Internetseite der VOS als komplette Ausgabe gelesen werden. Weiterhin gilt: Spenden erlaubt und ausdrücklich erwünscht.

**VEREINIGUNG DER OPFER
DES STALINISMUS e.V. (VOS)**

Am Mühlenkamp 11 a 40489 Düsseldorf

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Vorübergehende

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Am Mühlenkamp 11a
40489 Düsseldorf

Telefon: +49 211 40569146 Mobil: +49 173 5919312

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Postbankkonto Köln

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 - 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),

eMail: redaktion@vos-ev.de, to.haltern@web.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und

Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**,

sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder	59,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	25,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	36,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de

Fg-Nummer 871/872 erscheint Mai / Juni 2025

Redaktionsschluss der FG 869/870 am 22. März 2025